

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 2,60 M.
Im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.
einjährlich 60 Bl., Postzeitung 60- und
72 Bl. Selbstbezüge. Ausland-
abonnement 6.- M. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Postfah-
ren 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Samstags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ Illustrierte Beiträge „Wald
und Feld“ Ferner „Frauenstimme“,
„Lehrling“, „Bild in die Bücherwelt“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbildung“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Sonnabend
14. Februar 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Propagandepresse
40 Blättchen, Postzeitung 6.- Reichs-
markt, „Kleine Anzeigen“ des ange-
brachten Blatt 25 Blättchen (jährlich zwei
festgedruckte Blätter), jedes weitere Blatt
12 Blättchen, Stellenangebote des ersten
Blatt 15 Blättchen, jedes weitere Blatt
10 Blättchen, Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Blätter, Arbeitsmarkt
Seite 60 Blättchen, Familienanzeigen Seite
40 Blättchen, Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft, Lindenstraße 3, montags bis
sonntags von 8 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57 596. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disb.-Ges., Depositenf., Jerusalemstr. 65/66.

Die Spur des zweiten Mörders.

Mörder-schmuggler Maltig hat ihm weitergeholfen!

Wien, 13. Februar.

Zu der in Innsbruck erfolgten Verhaftung des reichsdeutschen Hauptmanns a. D. von Maltig wird der „Neuen Freien Presse“ aus Innsbruck gemeldet: Hauptmann von Maltig hielt sich seit vier Monaten in Innsbruck auf. Er wohnte in einer Pension in dem Innsbrucker Vorort Saggen und ist in Innsbruck von Hitler mit der besonderen Aufgabe betraut worden, die bei der dortigen Nationalsozialistischen Partei bestehenden Unstimmigkeiten auszugleichen und die Sturmabteilungen dieser Partei zu reorganisieren. Als bei den Innsbrucker Behörden vor einiger Zeit das Fahndungsergebnis der Berliner Polizei anlangte, und darin die Vermutung ausgesprochen wurde, daß von Maltig den drei Berliner Nationalsozialisten Kollak, Becker und Hauschke, die in Berlin in der Silvesternacht zwei Reichsbannerleute erschossen haben, Vorschub geleistet habe, wurde Maltig von der Innsbrucker Polizei vernommen. Er gab zu, daß wiederholt junge Nationalsozialisten zu ihm gekommen seien und um Arbeit und Unterstützung gebeten hätten; er habe geholfen, wo er konnte.

Unter anderen sei auch Ende Januar ein gewisser Becker zu ihm gekommen und hätte um Arbeit gebeten. Er konnte ihm aber keine verschaffen und Becker sei weggegangen; wohin sich Becker gewandt habe, wisse er nicht.

Auch sei ihm unbekannt gewesen, daß Becker eines Verbrechens beschuldigt werde. Kollak und Hauschke hätte er nicht gekannt; sie hätten sich auch bei ihm nicht gemeldet. Maltig stellt entschieden in Abrede, Verbrecher unterstützt zu haben. Polizeiliche Nachforschungen ergaben, daß im Büro des Maltig täglich zahlreiche Nationalsozialisten verkehrt hätten. Sein Büro wurde überwacht, bis heute in Berliner Auftrag seine Verhaftung erfolgte.

Danach steht also fest, daß der Mörder Becker planmäßig den Hauptmann a. D. Maltig erreicht hat. Maltig spielt selbstverständlich den Harmlosen, der von nichts gewußt hat. Er verfolgt dieselbe Tattat, wie der SA-Führer Scheibner aus Feldberg, der zwar zugibt, für die Verberberung der drei flüchtigen Mörder geforgt zu haben, aber treuherzig erklärt, daß er nicht gewußt habe, daß sie gesucht würden!

Dieser Scheibner ist auf diesen Schwindel hin aus der Haft entlassen worden!

Die Presse des Herrn Hugenberg sowie die „Deutsche Zeitung“ und die „Kreuz-Zeitung“ bemühen

sich, die Mörderhilfszentrale weiß zu waschen. Die Sympathie dieser Art von Presse für Mörder und Mörder-schmuggler verdient in breiter Öffentlichkeit bekannt zu werden.

Der Hafenkreuzfreund bei der Reichswehr.

Die Meldung, daß der Zeitangestellte im Reichswehrministerium Korvettenkapitän a. D. Beelich wegen seines Briefes an Hitler sofort vom Amte suspendiert worden sei, trifft nicht zu. Er bleibt vielmehr bis zum Ablauf seiner Kündigung, dem 31. März, im Amt.

Der Reichswehrminister vertritt zu der Sache die Auffassung, daß Beelich durchaus korrekt gehandelt habe. Beelich habe sich am 30. November 1930 in einem Schreiben an Hitler gewandt, in dem er um eine Anstellung in der nationalsozialistischen Parteiorganisation nach seinem Ausscheiden aus dem Reichswehrministerium bat. In diesem Schreiben weist Beelich darauf hin, daß er die Partei zwar schon seit 1928 gewählt habe, daß er aber während seiner Zugehörigkeit zum Reichswehrministerium von jeder weiteren politischen Betätigung habe absehen müssen, da er keinerlei Heimlichkeiten gegenüber seinem Brotgeber wünsche. Wie aus dem Schreiben weiter hervorgehe, habe sich Beelich schon einmal an Goebbels mit einer ähnlichen Bitte um Anstellung gewandt.

Der Reichswehrminister glaubt ferner feststellen zu können, daß Beelich nicht diejenige Stelle ist, die seit etwa einem Jahr die nationalsozialistische Presse mit Geheimberichten aus dem Reichswehrministerium versorgt.

Die Auffassung des Reichswehrministeriums, daß Beelich als Angestellter durchaus korrekt gehandelt hat, ist sicher nicht zu bestreiten. Immerhin bleibt als Charakteristikum festzustellen, daß ein Offizier nach dem anderen, sobald er die Reichswehr verläßt, zu den Nazis übersiedelt und damit offiziell zum Feind des Staates wird, dem er vorher loyal gedient haben will. Daß dieser Zustand hinsichtlich der Reichswehr alles andere als vertrauenswürdig wirkt, wird der Reichswehrminister nicht bestreiten wollen. Er hat deshalb alle Veranlassung dafür zu sorgen, daß jene Charaktere mit den zwei Seelen in einer Brust möglichst ebenso wie die offenen Puffschisten von der Reichswehr ferngehalten werden.

Noch ein Mörder-schmuggler verhaftet.

Kuffein, 13. Februar. (Eigenbericht.)

Die Gendarmerie hat hier am Freitagnachmittag den Nationalsozialisten Lopper verhaftet, der die bliesige Uebernahmestelle der Hafenkreuzler leitete. Es heißt, daß in der gleichen Sache noch weitere Verhaftungen bevorstehen.

Die Abwesenheitsgelder.

Die Hafenkreuzler taffieren beim Briefträger.

Der Antrag der Nationalsozialisten, die durch ihre Nicht-anwesenheit im Reichstag angeblich ersparten Diäten den Arbeitslosen zu überweisen, ist durch die Erklärung des Reichstagspräsidenten Säbe, daß bisher nicht ein einziger rater Pfennig zur Verfügung steht, als ein einziger großer Bluff entlarvt worden. Das ist den Nationalsozialisten so unangenehm, daß der ehemalige Vizepräsident Stöhr an Säbe einen Brief gerichtet hat, in dem er das heuchlerische Verlangen seiner Fraktion wiederholt. Dieser neue Brief des Herrn Stöhr vermag an den von Säbe im Reichstag mitgeteilten Tatsachen nicht das geringste zu ändern. Stöhr weiß, daß Fehltage immer erst im nächsten Monat zur Berechnung gelangen, daß also etwaige Ersparnisse im Monat Februar durch Abwesenheit erst am 1. März verrechnet werden. Stöhr weiß aber ferner, daß der Reichstag über diese Beträge überhaupt nicht verfügen kann, weil die Reichskasse dem Reichstag selbstverständlich nur die Beträge an Diäten überweist, auf die die Abgeordneten einen Rechtsanspruch haben.

Die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten haben am 1. Februar Mann für Mann 600 M. Diäten abgehoben. Vom 10. Februar, dem Tag ihres Ausscheidens, bis Ende Februar kann der Reichstag höchstens 15 Plenarsitzungen abhalten. Für jede verfallene Sitzung sind den Abgeordneten 20 M. abgezogen, das macht für 15 Tage 300 M. Jeder nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete erhält also am 1. März 200 M. ausgezahlt!

Wofür? Für Schwänzen des Reichstags!

Am „Börslichen Beobachter“ liest man: „Die Nationalsozialisten können das unwürdige Diätenkassieren der parlamentarischen Nichtstuer ab.“ Sowohl, sie lassen sich die Diäten noch ab-

zug der Fehltage vom Briefträger ins Haus bringen! So verhält sich bei den Nationalsozialisten öffentliche Maulwurfsgraben und Wirklichkeit!

Die Herrschaften haben ganz einfach auf Reichskosten bezahlte Ferien vom Parlament genommen. Das nennen sie „Diätenverzicht zugunsten der Erwerbslosen“!

Die Reichstagsabgeordneten, die pflichtgemäß im Parlament arbeiten, verbrauchen ihre Diäten für ihren Aufenthalt in Berlin und zur Deckung ihrer Unkosten. Dafür werden sie von den Hafenkreuzlern als „parlamentarische Nichtstuer“ beschimpft.

Die geflüchteten Hafenkreuzabgeordneten aber drücken sich von der Reichstagsarbeit und steden die Restdiäten als arbeitsloses Einkommen ein, da ihnen durch die Parlamentsarbeit keinerlei Unkosten mehr erwachsen. Sie beziehen von der Republik, die sie bekämpfen, eine Staatsrente. So sieht der „Verzicht zugunsten der Erwerbslosen“ aus.

Aber den Herrschaften, die so laut vom Diätenverzicht schreien, kann geholfen werden, damit sie nicht weiter arbeitslos zu schmarozeln brauchen, und allmonatlich vom Briefträger das Reichsgeld bar ausgezahlt erhalten. Man muß dafür sorgen, daß ihnen nicht die Steuergelder des Volkes nachgeschmissen werden. Dazu genügt eine Änderung des Diätengesetzes, die den Herrschaften, die sich drücken wollen, die peinliche Empfangnahme der Diäten und die Benutzung der Freifahrtkarte erspart!

Fortschrittsfieg in Oesterreich.

Angleichung des Eherechts an Deutschland.

Wien, 13. Februar (Eigenbericht.)

Der Nationalrat nahm am Freitag mit 80 gegen 79 Stimmen einen Antrag an, nach dem die Regierung einen Gesetzentwurf zur Angleichung des österreichischen Eherechts an das deutsche vorlegen soll.

Im Osten nichts Neues.

Zahlen und Tatsachen über Sowjetrußland.

Von Peter Garwy.

Friedhofsruhe herrscht in Rußland. Der heftige Fraktionskampf, der mitunter dramatische Formen angenommen hatte, ist mit dem entschiedenen Sieg Stalins über seine Widersacher beendet. Die rechte Führergarnitur mit den Regierungshauptern Rykow und Syrzow an der Spitze ist abgesetzt. Nun werden die Rechtsoppositionellen aus dem Sowjetapparat, aus den Gewerkschaften, Genossenschaften und sonstigen Organisationen in aller Stille verdrängt.

Die Sowjetwahlen, die jetzt vor sich gehen, geben dazu den erwünschten Anlaß. Die Parole lautet: keinen Oppositionellen, keinen Versöhner in die Sowjets! Diese Parole wird als Kriegsbefehl durchgeführt. Es handelt sich nicht mehr um die Bolschewisierung, sondern um die Stalinisierung der Sowjets. Die Sowjetwahlen, die keine Wahlen sind, sollen die politische Rolle der Sowjets als „Durchführer der Generallinie der Partei“ haben. Die „Pravda“ schreibt offen, es sei nun das Gebot, die Sowjets der Parteiführung mehr als bisher zu unterwerfen.

So werden Partei und Sowjetapparat in einer Hand vereinigt, und zwar in der eisernen Hand Stalins. Die Verstaatlichung der Partei geht mit der Verparietlichung des Staates Hand in Hand. Nicht umsonst trägt die jüngste Verordnung über die Kontrahierung der Frühlingsaat zwei Unterschriften — des Regierungshauptes Molotow und des Parteisekretärs Stalin. Der Dualismus des bolschewistischen Staates wird also allmählich überwunden. Die Sowjets werden auch formell zum Ausführungsorgan der Parteidiktatur, vielmehr des Diktators, der sich übrigens immer noch unter dem bescheidenen Titel des Generalsekretärs der Partei verbirgt.

Nicht nur die Sowjets, sondern auch die Gewerkschaften werden nunmehr in aller Eile der Generallinie angepaßt. Der Umbau der russischen Gewerkschaften, der ihnen von oben aufgezwungen ist, läßt keinen Zweifel daran, daß es sich um die Verwandlung der Gewerkschaften in Hilfsorgane der Wirtschaftsverwaltung handelt. Dieser Reform liegt der Kampf gegen die „trade-unionistischen“ Tendenzen zugrunde, d. h. der Kampf gegen die Bestrebungen „opportunistischer“ Gewerkschaftler, die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder als Lohnempfänger zu verteidigen.

Die Generallinie, d. h. der Fünfjahresplan in vier Jahren, ist der Moloch, dem alles zum Opfer gebracht wird. Das Industrialisierungs- und Produktionstempo wird von Tag zu Tag beschleunigt. Nach dem Wirtschaftsplan für das Jahr 1931 soll die Bruttoproduktion der gesamten Staatsindustrie gegenüber 1930 um 45 Proz. zunehmen, d. h. die Produktionszunahme in einem einzigen Jahre soll der gesamten Produktion von 1913 gleich sein! Die Kapitalinvestitionen in die gesamte „vergesellschaftlichte“ Wirtschaft soll 17 Milliarden Rubel statt 10 Milliarden im Jahre 1930 ausmachen.

Dieser gemaltige, wahrhaft märchenhafte Plan bedeutet eine ungeheure Ueberspannung der Arbeitskraft bei einer weiteren Drosselung des Konsums. Die Landwirtschaft, die als einzige Hilfsquelle für die Finanzierung der gewaltigen Industrialisierung, versagt, da die Stalinische Agrarrevolution von oben zur Zerrüttung und Degradierung der landwirtschaftlichen Produktion führt. Die Kosten der forcierten Industrialisierung sollen also zum großen Teil den schwachen Schultern der Arbeiter aufgebürdet werden. So tritt zur andauernden Lebensmittelknappheit und zum Warenmangel die verstärkte Ausbeutung der Arbeiter.

„Wir sind in den Sozialismus eingetreten“, — so verkünden die Stalinisten von den Kremistürmen. Aber der Stalinische diktatorische „Sozialismus“ bedeutet nicht mehr Brot, mehr Freiheit, mehr Arbeitsfreude, sondern im Gegenteil — Hunger, Knechtschaft, Arbeitszwang. Durch die Untreue methoden werden die Arbeiterschutzgesetze, vor allem der Sieben- und Achtstundentag, so gut wie abgeschafft. Gerade jetzt wird ferner der „Arbeitskodex“ vom Jahre 1922 gründlich revidiert und umgearbeitet, um nicht den Arbeiter-schutz, sondern die Arbeitsdisziplin und Arbeitsleistung zu heben und auf diese Weise die Durchführung des sinnlosen Wirtschaftstemplos zu sichern. Fast jeden Tag werden Verordnungen erlassen, durch die die strengste Disziplin bei der Arbeit erreicht werden soll. Wenn die Verletzung der Arbeitsdisziplin in „böser Absicht“ erfolgt, sollen die Arbeiter strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, sonst sollen sie freilos und ohne Entschädigung entlassen und dürfen sechs Monate lang in keinem anderen Betrieb beschäftigt werden. Noch weiter geht die neuerlassene Strafverordnung gegen die

Eisenbahner, die für das Versagen des russischen Eisenbahnwesens, das den Forderungen des Fünfjahresplans nicht gewachsen ist, zu verantworten haben.

Darüber hinaus werden die Arbeiter immer mehr an die Betriebe „bis zu Ende des Fünfjahresplans“ — natürlich „freiwillig“ — gebunden. So werden die Arbeiter gleich den Bauern in den Kolchofen jeder Freizügigkeit beraubt und in Staatsklaven verwandelt. Mit diesen Methoden kann man nur vorübergehende Erfolge auf dem Gebiete der Produktion zeitigen.

Daselbe gilt für die Landwirtschaft. Stalins Rückzug auf dem Gebiet der Zwangskollektivierung erwies sich bald als ein Mandor. Eine neue Offensive ist auf die Tagesordnung gestellt. Das Rundschreiben vom 22. Januar 1931, das von Molotow und Stalin unterzeichnet ist, stellt nur scheinbar eine staatliche Hilfeleistung an die Landwirtschaft in Aussicht (120 000 Traktoren, 1040 neue Traktoren- und Maschinenstationen, verdoppelte Versorgung des flachen Landes mit landwirtschaftlichen Maschinen usw.). In der Tat handelt es sich um eine neue Entkultivierungs- und Zwangskollektivierungskampagne.

Nach dem Rückzug Stalins sank die Zahl der in die Kolchofen hineingezwungenen Bauernwirtschaften von 65 Proz. auf 20 Proz. der Gesamtzahl. Im Januar d. J. ist der Prozentsatz der kollektivierten Bauernwirtschaften unter dem Druck der Zwangs- und Wirtschaftsmassnahmen auf 27,3 Proz. gekommen. Der Plan für 1931 schreibt die Kollektivierung von 50 Proz. im Durchschnitt der Sowjetunion und von 80 Proz. in den Getreideüberschussgebieten vor.

Die Durchführung dieses Planes bedeutet nicht nur die weitere Zerrüttung der Landwirtschaft und folglich die Verschärfung der Lebensmittel- und Rohstoffkrise, sondern auch die Aufhebung der Bauernschaft gegen die zweite „Agrarrevolution“ von Stalin, die die Errungenschaften der ersten Agrarrevolution zugrunde richtet.

Die Stalinsche Diktatur spielt mit dem Feuer. Sie untergräbt die brüchige „Smutschka“, das Bündnis zwischen der Bauernschaft und der Sowjetmacht. Dafür ruft sie eine spontane „Smutschka“ zwischen den ausgebeuteten und entrechteten Arbeitern und den enteigneten Bauern hervor, die für die Parteidiktatur zum Verhängnis werden kann.

Hitler telephoniert.

Trost für Diätenverlust / Wirtschaftsprogramm mit Thyssen.

Wie wir von wohlunterrichteter Seite erfahren, hat Hitler den geschäftlichen Reichstagsabgeordneten der Nationalsozialisten telephonisch Trost zukommen lassen. Er hat ihnen mitteilen lassen, die große Versammlungskampagne der Nationalsozialisten werde ihnen Ersatz bieten für die ausfallenden Diäten.

Hakenkreuzversammlungen, damit die Abgeordneten verdienen! Hitler hat eigenhändig ein Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialistischen Partei ausgearbeitet, das an die Stelle des Preiser-Programms treten soll. Die Korrekturfahnen sind den Industriellen Kirdorf und Thyssen zugegangen, damit sie ihre Wünsche und Bedenken geltend machen können.

Hugenberg treibt Auslandspropaganda Scherl verdient am Remarque-Film.

In den Kinos der Schweiz wird der Film „Im Westen nichts Neues“ dauernd gespielt. Wir erfahren aus Bern, daß zu den Vorstellungen ein Heft des „Fülmurier“ verteilt wird, das bei August Scherl, also in der Hugenberg-Druckerei hergestellt ist. Unsere Schweizer Gewährsmänner vermögen die seltsame geschäftliche Unbefangenheit eines Hugenberg-Unternehmers nicht zu fassen, das an einer Sache verdient, die die Hugenberg-Propaganda als Schädigung des deutschen Ansehens im Ausland bezeichnet. Sie wissen eben nicht, was Hugenberg-Firma und Hugenberg-Politik ist — weiß sie es nicht für möglich halten.

Troß Epp!

Die bayerischen Katholiken gegen den Nationalsozialismus.

Die Verordnungsblätter der acht bayerischen Diözesen veröffentlichen einen längeren Artikel, in dem es u. a. heißt: „Der Nationalsozialismus enthält in seinem kulturgeschichtlichen Programm Irrlehren, weil er darin wesentliche Beirpunkte des katholischen Glaubens ablehnt oder schief aufstellt, und weil er nach Erklärung seiner Führer eine neue Weltanschauung an die Stelle des christlichen Glaubens setzen will. Führende Vertreter des Nationalsozialismus stellen die Rasse höher als die Religion. Sie lehnen die Offenbarungen des Alten Testaments und sogar die mosaischen zehn Gebote ab. Sie lassen den Primat des Papstes nicht gelten und spielen mit dem Gedanken einer dogmenlosen deutschen Nationalkirche. Was der Nationalsozialismus Christentum nennt, ist nicht mehr Christentum Christi. Die Bischöfe müssen also als Hüter der kirchlichen Glaubenslehre vor dem Nationalsozialismus warnen, solange er und soweit er Auffassungen kundgibt, die mit der katholischen Lehre nicht vereinbar sind. Den katholischen Geistlichen ist streng verboten, an der nationalsozialistischen Bewegung in irgendeiner Weise mitzuarbeiten. In der führenden Presse dieser Partei wurden gegen katholische Kundgebungen, sogar gegen den Ruf des Heiligen Vaters zur Abwehr des Bolschewismus, Töne angeschlagen, die jegliche Sachkenntnis und jegliche Ehrfurcht vermissen lassen. Die Teilnahme von Nationalsozialisten an gottesdienstlichen Veranstaltungen in geschlossenen Kolonnen in Uniform ist und bleibt verboten.“

Potens neuer Gesandter in Berlin, Dr. Wjsocki, überreichte gestern sein Beglaubigungsschreiben dem Reichspräsidenten. — Der Reichsfanzler gab ein offizielles Frühstück zu Ehren des Prinzen Takamatsu, des Bruders des Kaisers von Japan.

Russische Weltwirtschaft. Der besondere Ausschuss für die Wiederherstellung der Ordnung im russischen Eisenbahnwesen teilt mit, daß sich im Ponez-Boden 60 000 Wagen mit Kohle angesammelt hätten, die den gesamten Verkehr sperrten. 44 Beamte und Arbeiter seien verhaftet worden.

Kolotow, bulgarischer Kommunistenführer, wurde von Moskau abgejagt wegen Verdachts bulgarischer Neigungen.

Wir greifen an!

Die sozialdemokratische Versammlungswelle

Der Aufmarsch der Sozialdemokratie ist im Gange. Wo noch vor kurzem die Hakenkreuzler das Versammlungsleben beherrschten, geht heute die Sozialdemokratie zum Angriff vor. Riesenkundgebungen in den Großstädten lenken die Augen der Öffentlichkeit auf die Aktion. In allen Landkreisen mehren sich die Demonstrationen und Versammlungen der Partei. Überall sind Abwehrkartelle gegen den faschistischen Terror gebildet. Sozialdemokratie, Reichsbanner, Gewerkschaften und Sportler bilden eine Front.

Aus dem Reich häufen sich die Meldungen über die Versammlungskampagne. Unmöglich, sie einzeln aufzuzählen. Jede Kundgebung ist ein Erfolg.

In der ersten Februarwoche führte die Sozialdemokratie allein in Franken 80 Versammlungen durch, darunter eine Kundgebung in Nürnbergs größtem Saal die mehr als 2000 Jungarbeiter besuchten.

Besonders intensiv wird in Mitteldeutschland gearbeitet. Im Bezirk Halle waren es letzte Woche 40 Versammlungen, im Magdeburger Bezirk 45 Versammlungen in Kleinstädten und Dörfern mit mehr als 15 000 Teilnehmern. Magdeburg hatte eine Riesenkundgebung, eine Dessauer Versammlung zählte 2500 Besucher. Leipzig sah am Sonntag den Gesamtaufmarsch des Reichsbanners und des SPD-Schutzes. 6000 Kämpfer gegen den Faschismus demonstrierten. Weitere zehn Veranstaltungen im Umkreis Leipzigs hatten Massenbesuche. In Döbeln sprach mit ungeheurer Wirkung Mario Corfi-Stalini vor 1400 Personen.

Im Reiche Fricks kann selbst der amtliche Versammlungsterror der sozialdemokratischen Aktion keinen Abbruch tun. 40 Kundgebungen, teilweise mit Parallelversammlungen, in einer Woche war die Antwort der Partei! Die Versammlungen sind überfüllt, alle mußten polizeilich gesperrt werden. Tagtäglich laufen überfüllte Filmveranstaltungen im Gesaer Gebiet.

Auch in nazioberseuchten Landgebieten dringt die Sozialdemokratie erfolgreich vor. Allein in dem kleinen Unterbezirk Zittau führte die Sozialdemokratie in knapp drei Wochen 36 Versammlungen durch! Selbst in der Oberpfalz, in der die eigentliche Kampagne erst Anfang Februar einsetzte, wurden in den letzten Tagen 11 Versammlungen mit ausgezeichnetem Erfolg veranstaltet.

In Hessen-Kassel zählte die Sozialdemokratie in der letzten Zeit mehr als 100 000 Besucher in 365 Versammlungen, dazu vier Kundgebungen mit 25 000 Teilnehmern und 250 Film- und Vortragsveranstaltungen: wir marschieren! Das haben auch die Gegner der Sozialdemokratie erkannt.

„Wir dürfen uns aber nicht darüber täuschen, daß in der Sozialdemokratie eine neue Offensive begonnen hat.“ Die schwerkapitalistische Berliner „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die vorstehenden Ausspruch tat, und mit ihr die gesamte Reaktion sollen sich nicht täuschen: Die Sozialdemokratie marschier!

Deutsche Justiz.

Der preußische Justizminister gegen den Verleumder Moritz. — Ein Reichsgerichtsrat offenbart sich.

Der Präsident des Reichslandbundes Graf Kalkreuth hatte an den preußischen Justizminister einen Brief gerichtet, der sich mit dem Verleumderbuch „Befesselte Justiz“ beschäftigt. Kalkreuth forderte, daß die Ausgaben dieses Buches amtlich oder gerichtlich untersucht würden.

Der preußische Justizminister Dr. Schmidt hat darauf folgende Antwort gegeben:

„Sehr geehrter Herr Graf Kalkreuth, in Ihrem gefälligen Schreiben vom 6. Februar 1931 nehmen Sie Veranlassung, mich auf die in dem Buche „Befesselte Justiz“ behandelten Vorgänge aufmerksam zu machen und Ihre Untersuchung in Anregung zu bringen. Zu Ihrer Unterrichtung darf ich mitteilen, daß die dort erörterten Fälle und „Angriffe“ nicht nur seit Jahren bekannt sind — meist durch immer wiederholte Artikel der rechtsradikalen Presse, z. B. des „Friedericus“ —

sondern daß sie auch sämtlich bereits Gegenstand eingehendster Nachprüfung gewesen sind.

In den eingeleiteten Verfahren ist durch rechtmäßige Urteile und Beschlüsse der unabhängigen ordentlichen und Disziplinargerichte, durch Verfügung der verschiedensten Strafverfolgungsbehörden und durch Beschlüsse der verfassungsmäßigen parlamentarischen Untersuchungsausschüsse

die reifliche Unrichtigkeit der erhobenen Anwürfe festgestellt.

Daß die Ergebnisse dieser Verfahren in der „Befesselten Justiz“ vollständig verschwiegen werden, wirft ein bezeichnendes Licht auf den Wert und die Absicht des Buches. Im übrigen dürfte der Verfasser, ein früherer Provinzialamtsinspektor a. D., wohl kaum die erforderlichen Vorkenntnisse besitzen, um ein berufener Kritiker der Rechtsprechung Preußens und des Reichsgericht zu sein. Eine derartige Tendenzschrift,

die lediglich seit Jahren widerlegte Behauptungen wiederholt,

kann den Justizbehörden keinen Anlaß geben, sich etwa erneut sachlich mit den behandelten Vorgängen zu beschäftigen — ganz abgesehen davon, daß eine solche Möglichkeit zum Teil schon infolge rechtskräftigen Abchlusses der Verfahren gesetzlich ausgeschlossen ist. Inwiefern sich Einzelpersonlichkeiten durch eine derartige Schrift beleidigt fühlen und etwaige Schritte unternehmen zu sollen glauben, kann ihnen überlassen bleiben. Ich selbst werde zum Schutze des Ansehens meines verstorbenen Amtsvorgängers und im Interesse der angegriffenen Behörden und Beamten Gelegenheit nehmen,

im Preußischen Landtag zu diesem Buche Stellung zu nehmen.

Da Sie Ihr Schreiben an mich veröffentlicht haben, werde ich auch meine Antwort der Presse übergeben. Ich darf bitten, dafür Sorge zu tragen, daß auch die Blätter Ihrer Richtung die unverfälschte Fassung meines Schreibens wiedergeben.“

Damit ist der verleumderische Charakter des Buches des Moritz gebührend gekennzeichnet. Es geht ihm und seinen Auftraggebern nicht um die Reinheit der Justiz, sondern um die Verschmutzung des politischen Lebens. Ein hundsgemeiner Verleumdungszug sollte mit Hilfe dieses Buches eröffnet werden. Die Fäden sind nur zu deutlich sichtbar geworden. Die rechtsradikale Presse machte die Begleitmusik, Graf Kalkreuth trat in der Rolle des besorgten Mannes auf, Reichsgerichtspräsident a. D. Simons schrieb von den „Krebschäden, die geheilt werden müßten, und ein leidhafter Reichsgerichtsrat hat sich auch gefunden! Er heißt Dr. Georg Müller, und er läßt einen Brief veröffentlichen, in dem es heißt:

„Sehr geehrter Herr, Zarnows Buch macht mir nach seinem ganzen Aufbau, nach der allem Anscheine nach geschickten und sorgfältigen Ordnung der Belege, die es überall beibringt, den Eindruck, daß seine Schilderungen ein in allen wesentlichen Zügen richtiges, wahres Bild vor Augen stellen.

Ob dann und wann einem Einflußreichen etwas nachgesagt wird, was nicht bis ins kleinste stimmt, vermag ich in diesem weitläufigen Stoffe natürlich nicht zu prüfen. Aber wenn es der Fall sein sollte, so

würde sich's doch nur um belanglose Nebendinge handeln. Die ungeheuerlichen Hauptorgänge und wichtigen Tatsachen sind doch so zuverlässig belegt, daß daran nichts zu deuteln ist.

Ich bin überzeugt, Zarnows „Befesselte Justiz“ hat im Ernst die Wahrheit gesagt, und wünsche Ihnen von Herzen in diesem ehrlichen Kampfe guten Erfolg.“

Dieser Reichsgerichtsrat pfeift auf Gerichtsurteile und authentische Feststellungen. Längst widerlegte Lügen werden für ihn zuverlässige Wahrheit, wenn sie hartnäckig wiederholt werden! Der politische Hof gegen das Preußen von heute hat diesen Reichsgerichtsrat so verblendet, daß er sich zum Bundesgenossen eines verleumdertischen, die deutsche Justiz beschmutzenden Feldzugs macht.

Was dieser Richter treibt, ist eklatanter Mißbrauch der richterlichen Unabhängigkeit, es ist selbstverständlich, daß er in jedem Prozeß mit politischem Einschlag befangen ist.

Jorns Reichsanwalt und Müller Reichsgerichtsrat — das erklärt das tiefe Mißtrauen, das im Volke gegen das höchste Gericht besteht!

Straflose Mordheze.

Strafverfahren gegen General Lihmann eingestellt. — Die ermordete Unterschrift.

Dresden, 13. Februar. (Eigenbericht.)

Die Dresdener Staatsanwaltschaft hat in einem Verfahren gegen den früheren General und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Lihmann eine Entscheidung gefällt, deren Begründung wegen ihrer Eigenart der Welt zur Kenntnis gebracht werden muß.

Am 27. Mai 1930 erklärte Lihmann in Dresden in einer öffentlichen Versammlung zu dem Vertrag von Versailles:

„Leider fehlen uns die Femerichter, um diese Unterschreiber unschädlich zu machen.“

Der Dresdener Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ meldete die Äußerung seinem Blatt, worauf die Republikanische Beschwerdestelle gegen Lihmann Anzeige erstattete. Der Berichterstatter, der als Zeuge vernommen wurde, konnte dem Staatsanwalt keine Aufzeichnungen aus der Versammlung im Original vorweisen. Ein anderer Zeuge behauptete jedoch, Lihmann habe nicht gesagt: „Leider fehlen uns die Femerichter, um diese Unterschreiber unschädlich zu machen.“ Seine Worte hätten vielmehr gelautet: „Leider fehlen uns die Femerichter, um diese Unterschritten unschädlich zu machen.“ Der Korrespondent des „B. T.“ wandte gegen diese Erzählungen unter Hinweis auf seine dem Staatsanwalt im Original vorliegenden Aufzeichnungen ein, daß die zweite Darstellung auf keinen Fall richtig sei. Im übrigen ändere sich aber auch dadurch an dem Sinn der von Lihmann geäußerten Worte nichts, denn er könne Femerichter, also Fememörder, nicht gegen Unterschritten aufbieten, sondern nur gegen die Person des Unterschreibers. Eine Unterschritt, die aus Buchstaben bestehe, könne mit den Werkzeugen eines Femerichters nicht angegriffen werden. Nur ein Mensch könne hierfür als Objekt in Frage kommen.

Trotzdem hat die Dresdener Staatsanwaltschaft jetzt die Darstellung des anderen Zeugen für glaubhaft erklärt und

das Verfahren gegen Lihmann eingestellt.

Der Staatsanwalt beruft sich dabei u. a. darauf, daß das Republikanschutzes nur dann jemand Schutz gewähre, wenn die betreffende Person zur Zeit der Vorgänge tatsächlich Mitglied einer Regierung sei. Am 27. Mai 1930, als Lihmann seine Rede gehalten habe, sei Hermann Müller nicht mehr Reichskanzler gewesen. Außerdem habe Lihmann nicht die Person Hermann Müller gemeint, sondern

nur „zur Ermordung“ seiner in Paris liegenden Unterschritt aufgefördert.

Wie man eine Unterschritt „ermorden“ kann, bleibt das Geheimnis des Dresdener Staatsanwalts.

Londoner Bankfürsten gegen Labour.

Mosley- und Mayton-Gruppe gegen Snowden.

London, 13. Februar. (Eigenbericht.)

Die Rede Snowdens und ihre Auslegung durch die bürgerliche Presse sieht noch immer im Mittelpunkt aller politischen und wirtschaftlichen Diskussionen.

Die, wie Lloyd George in der Donnerstagsnacht im Unterhaus sagte, reaktionäre, allem Fortschritt im Wege stehende

Londoner City antwortete mit Kursstürzen für Staatsanleihen.

Die Konservativen und die Unternehmer glauben ihre Stunde zum Abbau von Löhnen und sozialer Fürsorge gekommen. In der Arbeiterpartei selbst ist man ängstlich und will so schnell wie möglich durch nähere Erklärungen von Snowden dem konservativen Spieß ein Ende machen. Zu diesem Zweck wird am kommenden Dienstag eine Fraktionsstimmung der Labour Party stattfinden, in der MacDonald und Snowden sprechen werden. Dieser Fraktionsstimmung wird in allen Lagern mit größter Spannung entgegengeesehen. Zweifellos wird es dort zu scharfen Auseinandersetzungen mit dem rechten und linken Flügel der Arbeiterpartei kommen.

Es war Mosley, der am Donnerstagabend die Regierung in der ungewöhnlichsten und persönlichsten Weise angriff. Die Mayton-Gruppe sieht gleichfalls ihre Stunde gekommen. „Wir haben es vorausgesehen, daß es auf dem Regierungsweg nicht weitergehen kann.“ Unter diesem Auf glauben beide Flügel ihre so verschieden gerichteten Absichten durchsetzen zu können. Beide aber sind ohne die Gewerkschaften in einer hoffnungslosen Minderheit und versuchen deshalb die Gewerkschaften auf ihre Seite zu ziehen. Die erste Antwort der parlamentarischen Gewerkschaftsgruppe ist der

Ausfluß des I.C.P.-Abgeordneten W. J. Brown,

weil er die Regierung heftig angegriffen und durch dieses unwürdige Betragen sein Recht verwirkt habe, der gewerkschaftlichen Parlamentsgruppe nach länger angehören. Nicht außerhalb, sondern innerhalb der Fraktion sind heute die größten Schwierigkeiten für die Regierung. Die Dienstagstimmung wird zeigen, wie weit der Einfluß der Extremen heute reicht.

Englischer Kapitän vermachte sein Vermögen deutschen Kriegsbeschädigten.

London, 13. Februar.

Die englischen Gerichte haben entschieden, daß das Testament des englischen Schiffskapitäns Robinson volle Rechtsgültigkeit hat und daß keine Hintertüröffnung nach Abzug der gesamten Gerichtskosten an die deutsche Regierung gehen soll. Der Kapitän, der am 20. Februar 1930 gestorben ist, hatte in seinem Testament festgelegt, daß sein Gesamtvermögen von rund 140.000 £. der deutschen Regierung zu vermachend ist, die dieses zugunsten der deutschen Kriegsbeschädigten verwenden soll. Das freigebige und wohlhabende England sei von sich aus ohne Schwierigkeiten in der Lage, für seine eigenen Kriegsbeschädigten zu sorgen und, da er die traurigen Verhältnisse in Deutschland in den Jahren nach dem Kriege kennengelernt habe, so halte er es für richtig, sein Geld den deutschen Kriegsbeschädigten zu lassen. Die Verwandten des Kapitän hatten gegen dieses Testament Einspruch erhoben.

Unterhaus gegen sofortiges Alkoholverbot.

London, 13. Februar.

Das Unterhaus lehnte am Freitag einen Gesetzentwurf mit 137 gegen 18 Stimmen ab, der die Herstellung und Einfuhr von alkoholartigen Getränken verbieten wollte.

Snowden nahm die Gelegenheit wahr zu einem scharfen Angriff auf den Handel mit geistigen Getränken und sprach sich für ein Volksbegehren aus. Der zuständige Regierungsvertreter wies aber darauf hin, daß die ganze Frage zur Zeit von einem Ausschuss bearbeitet werde, dessen Bericht abzuwarten sei. Deswegen könne die Regierung das Gesetz nicht gutheißen. Obwohl Lord Astor die Nachteile des Alkoholverbotes in graustiften Farben malte und den einzelnen Bezirken Englands und Schottlands das Recht geben wollte, über die Frage der Prohibition selbständig zu entscheiden, bejammerten doch die Abgeordneten eines Besseren und retteten England vor dem Schicksal Amerikas.

Gandhis Friedensbedingungen.

Allindischer Kongress in Allahabad.

Bombay, 13. Februar. (Eigenbericht.)

In Allahabad ist am Freitag der allindische Kongress zusammengetreten, um zu dem Ergebnis der Londoner Konferenz Stellung zu nehmen.

Gandhi hat dem Kongress eine Entschliessung vorgelegt, in der folgende Friedensbedingungen formuliert sind: Amnestie der politischen Gefangenen, Aufhebung der politischen Uebergriffe, Aufhebung aller Unterdrückungsmassnahmen gegen die allindische Bewegung und Freiheit für den Konsum von Alkohol und fremden Textilwaren.

Der brutige Kaffeekrieg geht weiter.

Bombay, 13. Februar. (Eigenbericht.)

In Benares kam es am Freitag zwischen Moslems und Hindus bei einer Beerdigung zu schweren Kämpfen, die stundenlang andauerten. Zwei Personen wurden getötet, über 70 schwer verletzt. Die Polizei war anfangs machtlos und konnte erst nach dem Anrücken von großen Verstärkungen und nach langen Bemühungen die Kämpfenden trennen.

Klarheit über Osthilfe?

Wie die Telegraphen-Union mitteilt, haben die Osthilfeverhandlungen zwischen Reich und Preußen am Freitagabend nach mehrstündiger Dauer zu einer grundsätzlichen Einigung geführt. An den Besprechungen waren vom Reich Reichsminister Dr. Brüning, Finanzminister Dr. Dietrich und der Leiter der Osthilfeestelle, Trevisani, beteiligt, von Preußen Ministerpräsident Braun, Finanzminister Dr. Höpfer-Ashhoff und Wohlfahrtsminister Hirtfelder als preussischer Ostkommissar. Außerdem nahmen auch die Präsidenten der Rentenbankkreditanstalt und der Preußenkasse an den Beratungen teil. Eine letzte Aussprache zwischen den unmittelbar beteiligten Ressorts von Reich und Preußen soll heute vormittag stattfinden. Anschließend wird sich das Reichstabinett sofort mit der Vorlage beschäftigen.

Diätenauszahlung.



„Sollte nun noch etwas übrig sein, können Sie es den Arbeitslosen geben.“

Zölle und Kartelle.

Die Wirtschaftsdebatte beendet.

Im Reichstag sprach am gestrigen Freitagnachmittag in der fortgesetzten Beratung des Reichswirtschaftsetats zunächst

Abg. Albrecht-Hammer (D. Vp.): Die Subvention für das Leipziger Messamt möchte erhöht werden, aber wir wiederholen unseren Antrag nicht, um nicht eine Spannung herbeizurufen. Die Arbeitslosigkeit ist verschuldet durch das Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz. Der Verteilungsapparat ist zwar überfüllt, aber das erklärt sich aus den gesteigerten Ansprüchen des Publikums. Die Rundgebungen der Nationalsozialisten gegen die „Zinsneidenschaft“, der Deutschnationalen für eine Revolution und der Kommunisten für Sowjetdeutschland erschüttern den deutschen Kredit und erhöhen den Zinsfuß bei uns.

Die Landwirtschaft klagt immer noch über zu wenig Hilfe; aber gibt es ein Industrieerzeugnis, das durch Zollschutz im Inland auf doppelt höherem Preis als im Ausland gehalten wird, wie es bei Roggen und Weizen der Fall ist?

(Sehr wahr!) Und wie behandelt man heute Herrn Schiele, der so lange der Führer der Landwirtschaft war? Nicht der Kapitalismus ist an der Krise schuld, sondern die Politisierung des Lohnes und des Arbeitsrechts. Die Inflationzeit stand im Zeichen des Staatssozialismus, erst die Initiative der Unternehmer hat die Stabilisierung und den Aufschwung gebracht. (Wohlfahrt Widerstand!) Freie Individualwirtschaft mit guter Zusammenarbeit von Unternehmern und Gewerkschaften. Die Sozialdemokraten haben die Rationalisierung mitgemacht, sollten sich aber nicht dessen schämen, sondern sich offen dazu bekennen. (Hört! hört! bei den Komm.) Die Produktionskosten in Deutschland müssen weiter gesenkt werden (Hört! hört! äußerst links), wenn nicht durch Export mit Verlust eine Zulieferparade geleistet werden soll. Wir bitten die Regierung, an ihrem Standpunkt festzuhalten.

Abg. Freiherr v. Thun (Landvolk): In diesem Hause herrscht mehr die Reizung, sich in den Haaren als in den Kernen zu liegen. (Heiterkeit.) Der Redner mahnt zur Vorsicht gegenüber der geplanten internationalen Agrarreditbüchse, denn die deutsche Landwirtschaft sei eine nationale und nicht eine internationale Angelegenheit. Die heutigen Agrarpreise vertragen keinen Abbau.

Abg. Drewitz (Vp.) hält die übliche Mittelstandsrede. Hätten wir nach dem Kriege sparsamer gewirtschaftet, dann hätte unserem Volk die viel zu hohe Steuerlast erspart werden können.

Abg. Bausch (Christl.) begrüßt die Forderung, daß ein Gesetz über Bauparketten verabschiedet werden soll; sie dürfen aber nicht eine Monopolstellung erhalten. Die große Arbeitslosigkeit ist zum großen Teil auf die übertriebene Rationalisierung zurückzuführen. Zur Behebung der Krise ist ein genereller Lohnabbau nicht das geeignete Mittel.

Abg. Rensch (V. Vp.) fordert vor allem Arbeitsbeschaffung und spricht besonders über die Möglichkeiten dazu in der ländlichen Siedlungs- und Landverbesserungsarbeit, auch bei den längst notwendigen Kanalbauten. Die Neueinrichtung der Reichsbahnparketten entzieht das Geld den Ländern und treibt durch höhere

Berzinsung Schnupftabakkonkurrenz gegen die seit 50 Jahren gut funktionierenden bayerischen Eisenbahn- und Kommunalparketten.

1800 reichsdeutsche Kapitalisten haben sich in der Schweiz bilden lassen und gewiß auch entsprechendes Geld beschaffen können. Man veröffentliche ihre Namen und kontrolliere ihre Steuerleistung auf das genaueste. (Zustimmung.) Auch das Ländchen Liechtenstein ist jetzt ein Hort reichsdeutscher Kapitalverflechtung,

wobei mit der Regierung von Vöelchenstein ein geringer Heisterlohn als „Sonderleistung“ vereinbart wird.

Abg. Dr. Meyer-Berlin (Staatsp.): Die Kartellverordnung hat verlagert, weil sie von dem juristischen Begriff des Kartellvertrags ausgeht, während die Monopole oft ganz andere Formen haben. Wir wünschen gründliche Neuordnung.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.): Eingegriffen hat man nur gegen die — Tapetenpreise; mit allen anderen Kartellen hat man sich verständigigt, d. h. ihnen nachgegeben, und so ist die Kartellverordnung wenn nicht Papier, so Tapete geblieben. (Heiterkeit.) Der Preisabbau ist eine Täuschung geblieben, um den Lohnabbau leichter durchzuführen zu können.

Obgleich der Kartellentwurf grundsätzlich beschlossen hat, daß die Sitzungen um 19 Uhr schließen sollen, erhält ein weiterer Redner um diese Zeit das Wort. — Abg. Torgler (Komm.): Was ist denn mit dem 7-Uhr-Redenschnitt? (Heiterkeit.)

Abg. Bielefeld (Z.) spricht besonders von der Bauwirtschaft und den Baustoffpreisen.

Abg. Freudel (Vp.) beschuldigt die Zement- und Ziegelindustrie der Beschwindelung des Baugewerbes.

Abg. Korbacher (V. Vp.) tritt für die Interessen der Handwerksmeister ein. Gewissen armen Gegenden muß man den Hausierhandel lassen, aber seine Ausbreitung ist ein Mißbrauch, Ausländer dürfen nicht hausieren.

Abg. Dr. Mumm (Christl.) empfiehlt einen Antrag zugunsten der Bauern, denen gewisse Konzesse das Land nehmen wollen.

Abg. Dr. Heuß (Staatsp.): Biersack ist der Staat schon wieder auf dem Rückzug aus der Wirtschaft, da er sich die Finger daran verbrannt hat. Die Frage „Freie oder staatliche Kontrollistenwirtschaft“ ist noch nicht entschieden.

Nach 20 1/2 Uhr beginnt die Abstimmung über die Vorträge zum Haushalt. Verschiedene Streichungsanträge werden abgelehnt, die Haushaltsmittel genehmigt.

Abg. Torgler (Komm.): Bei einer Mehrereinsparung von 170.000 Mark durch den Haushaltsausschuss fehlt der Deckungsvorschlag. Das widerpricht der neuen Geschäftsordnung.

Präsident Lobe: Wenn es so sein sollte, muß natürlich zur 3. Lesung die Deckung beigelegt werden.

Nach Erledigung der Entschliessungen, wobei die über Nachschubkredite zurückgestellt wird, verläßt sich das Haus um 21 Uhr auf heute 10 Uhr: Kleine Vorlagen, Justizhaushalt, 3. Lesung der Änderung des Pressegesetzes.

Staatsgerichtshof über Duffric-Scandal

Entscheidung des Untersuchungsausschusses.

Paris, 13. Februar.

Die parlamentarische Untersuchungskommission für die Börsenstunde gab heute mit 16 gegen 11 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen ihrem Bericht über den Duffric-Scandal, in seinem Schlussbericht über die Duffric-Affäre die Aburteilung des ehemaligen Justizministers Péret, des ehemaligen Botschafters in Rom, Desnard, und der ehemaligen Unterstaatssekretäre Gaston Vidal und Albert Favre durch den Senat als oberstes Gericht zu beantragen.

In Stalins Heimat.

Neuer Terror in Kaukasien.

Genf, 13. Februar. (Eigenbericht.)

Wie das Genfer Georgische Pressebüro auf Tiflis erfährt, hat Pirow, der außerordentliche Abgesandte Rostaus, die neuen Mitglieder des transkaukasischen Postbüros ernannt: die früheren sind teils abberufen, teils eingekerkert worden. Die neuernannten Mitglieder gehören zu Stalins Vertrauten, wie etwa Etkova, der Ministerpräsident für Transkaukasien, Rakharadze, der Ministerpräsident für Georgien; Kartvelow wurde zum Generalsekretär ernannt, dessen Posten vorher Saminadze innehatte, der in die Affaire Syrjow verwickelt war und im letzten Herbst verhaftet wurde. Die GPU will in Kasanbidschan eine neue Sabotageorganisation entdeckt haben. Die Direktoren und die Spezialisten der Petroleumindustrie von Baku sind verhaftet

worden, unter ihnen die Herren Bokrawski, Kogin, Kogablow und Delom. Sie kommen vor das außerordentliche Gericht wegen Verschwörung zum Sturz der Sowjetmacht.

Die Stellenvermittlung.

Keine allgemeine Aufhebung gewerkschaftlicher Vermittlung?

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags wurden am Freitag die Beratungen über die Aufhebung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung fortgesetzt.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, daß die zur Entschädigung der aufzuhebenden privaten Stellenvermittlungen erforderlichen Reichsmittel in Höhe von 2 Millionen Mark nicht aufgebracht werden können. Von sämtlichen bürgerlichen Parteien wurde gegen die Stimmen der SPD. und KPD. ein Antrag Dr. Pfeffer (D.Vp.) angenommen, wonach den gewerkschaftlichen Stellenvermittlern (ausgenommen für künstlerische Berufe) wahlweise überlassen wird, entweder ihren Betrieb bis zum 30. Juni 1931 gegen Entschädigung in Höhe eines Jahreseinkommens aufzugeben, oder unter Verzicht auf Entschädigung die Befugnis zur Weiterführung des Betriebes bis zum Tode des Inhabers zu bekommen. Die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Aufhebung der gefamten erwerbsmäßigen Stellenvermittlung zum 31. März 1931 mit angemessener Entschädigung wurden mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Ob die Reichsregierung die Vorlage in dieser Gestalt im Plenum verabschieden kann, wird also davon abhängen, ob die Deutschnationalen zurückkehren, um bei der Abstimmung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten eine Mehrheit zu schaffen.

Nächsten Freitag findet noch eine zweite Lesung im Ausschuss statt.

Fridericus als Friedensstörer.

Empörung der Berliner Bevölkerung über den Schandfilm.

Am verschiedenen Stellen Berlins kam es gestern abend aus Anlaß der Vorführung des Hugenberg'schen Fridericus-Films „Füchsenkonzert von Sanssouci“ zu Störungen. Der Bevölkerung hatte sich eine lebhafteste Entrüstung darüber bemächtigt, daß Kinounternehmer es wagen, diesen Film, der eine dreifache und freche Werbung für Monarchie und Militarismus unter der Maske heuchlerischer Sentimentalität bedeutet, der arbeitenden Bevölkerung anzubieten und vorzuführen. Hoffentlich leben die verantwortlichen Filmprüfer ein, was für einen schweren Fehler sie begangen haben, als sie einen Film frei gaben, der die Äußerung unserer Volkstüchtigkeit überbrückt, sondern noch weiter aufsteigt. Die geistigen Vorfälle haben ohne Zweifel bewiesen, daß der Film geeignet ist, den Frieden und die öffentliche Ruhe auf schwerste zu gefährden. Die Behörden mögen daraus schleunigst die Folgerungen ziehen.

Im Tivoli-Palast Schönberg kam es anlässlich der Vorführung des Films „Das Füchsenkonzert von Sanssouci“ zu erregten Kundgebungen der Kinobesucher. Wiederholte machte sich der

Unmut über die aufdringliche Hugenberg'sche Kriegspropaganda in lauten Zwischenrufen

bemerkbar. Zumweilen löste der Edelwitz an den rührseligsten, von den Manuskriptherstellern ernst gedachten Szenen laute Pöhsereien aus. Besonders amüsierte sich das Publikum, als Fridericus, der bekanntlich seine Ehegattin nie angesehen hat, über die Heiligkeit der Ehe araufte. Der

prosozierende Schluß mit keinen Parademärschen ging völlig unter in lauten Protestrufen gegen den Krieg und Hochrufen auf die Republik.

Von dem kühnen Film war nichts mehr zu hören. Die Polizei nahm eine Anzahl Rufer fest, darunter auch den Landtagsabgeordneten Genossen Kuttner. Ein überreizter Polizeihauptmann wollte wissen, daß neben Kuttners Platz Riespuloer gelegen hätte. Auf der Wache stellte sich das jedoch als eine glatte Personenverwechslung heraus. Da auch die Polizeiwachmeister befanden, daß Kuttner lediglich wegen eines dreifachen Hochs auf die Republik aus dem Saal gewiesen worden war, wußte der Hauptmann unter Entschuldigungen die Freilassung Kuttners verfügen. Vor dem Theater sammelte sich

eine erregte Menge, die in heftigster Weise dagegen protestierte, daß solche byzantinische Schmach den Berlinern geboten werden kann. Betsch konnte man von Stammgästen des Theaters hören, daß sie in Zukunft diese Stätte meiden würden.

Im Exzellenz-Vieltheater in der Kaiser-Friedrich-Straße Neukölln konnte der Hugenberg'sche Tonfilm „Das Füchsenkonzert von Sanssouci“ nur unter Aufgebot stärksten polizeilichen Schutzes durchgeführt werden.

Schon bei der ersten Aufführung gab es bei den nationalsozialistischen Stellen des Films anhaltende Pfiffe und Mißfallenstundgebungen.

Diese Äußerungen des empörten Publikums steigerten sich im weiteren Verlauf des Abends so, daß neuhinzukommende Demonstranten Stinkbomben, Riespulver und mit Tinte gefüllte leere Eier gegen die Leinwand warfen. Die einschreitende Polizei nahm 18 vorläufige Festnahmen vor.

Bei der Wiederholung der Aufführung war der Saal kaum bis zur Hälfte gefüllt.

Nach Erklärungen der Leitung des Kineaters will man unter polizeilichem Schutz die Aufführungen des heuligen Abends durch-

führen, weiß aber nicht, ob eine Wiederholung in den nächsten Tagen erreichbar sein wird. Die Empörung der Bevölkerung über die Vorbietung von Kriegsfilmen gegenüber dem Verbot des Filmes „Am Westen nichts Neues“ zeigte sich auch darin, daß in den angrenzenden Straßen bis in die späten Nachstunden hinein, Sprechchöre angefangen waren, die immer wieder den Ruf ertönen ließen

„Nieder mit dem nationalsozialistischen Hugenberg-Tonfilm“.

Die Redaktion des „Vorwärts“ wurde am gestrigen Abend telefonisch von Bewohnern Neuköllns bestürmt, die ihre Empörung darüber Ausdruck gaben, daß Kinobesitzer, die von der arbeitenden Bevölkerung Neuköllns leben, es wagen, einen solchen Film überhaupt herauszubringen.

Auch das Filmtheater am Kolthammer Damm, in dem der Hugenberg-Film zur Aufführung gelangte, stand unter polizeilichem Schutz. Zu ersteren Zusammenstößen und Kundgebungen soll es hier indessen nicht gekommen sein.

Der Polizeipräsident hat, wie wir zuverlässig erfahren, die Gruppenkommandeure der Schutzpolizei in den Stadtteilen, bei denen es aus Anlaß des nationalsozialistischen Hugenberg-Films zu Zwischenfällen kam, zur sofortigen Berichterstattung aufgefordert.

Am Bezirk Wedding kam es gleichfalls zu lebhaften

Kundgebungen gegen den Hugenberg-Fridericus-Tonfilm.

Bei der Aufführung im Mercedes-Palast in der Ullricher Straße ging das Publikum, nachdem es durch Pfiffe und andere Mißfallenstundgebungen einen Abbruch der Vorführung nicht erreichen konnte, dazu über, Stinkbomben zu werfen. Auch auf der Straße hatten sich wie in Neukölln Ansammlungen gebildet, die gegen die Aufführung des kriegsheuchlerischen Films protestierten. Nach den Mitteilungen der Polizei sind die Ansammlungen ohne besondere Schwierigkeiten zerstreut worden. Wie sehr man sich im Rahmen der Gesetze hielt, bezeugt die Tatsache, daß vom Mercedes-Palast aus nur vier Personen dem Polizeipräsidium zwangsgestellt sind.

Auch im Palladium-Kino, Bärwald- Ecke Bismarckstraße, kam es in der Freitagabendpremiere des Fridericus-Films gegen Schluß der 9-Uhr-Vorstellung,

als Otto Gebühr die Parade der Potsdamer Jägersoldaten abnahm, zu Kundgebungen gegen den nationalsozialistischen Hugenberg-Film.

Als schwacher Beifall eines Nazitrupps einsetzte, ertönten schrille Pfiffe, die den sinnverlorenen Demonstrationsversuch der Hakenkreuzler völlig übertönten. Der größte Teil des Publikums lehnte ganz offensichtlich den schwarzweißroten Heilmilch ab. Die Einstellung des Publikums gegen den Film ist um so bemerkenswerter, als das Palladium nur wenig proletarisches Publikum aufzumeisen pflegt.

Was wird aus Berlin?

Die Verantwortung des Landtags — Kommunale Konferenz der Berliner Sozialdemokratie

Im großen Saal des Gewerkschaftshauses veranstaltete der Bezirksverband Berlin gestern abend eine große kommunale Konferenz, die sich mit dem Verwaltungsproblem der Reichshauptstadt beschäftigte. Die drei Referenten, Genosse Harnisch, Genosse Herz und Genosse Haß, nahmen zu der durch die gestrige Entscheidung des Gemeindevorstandes neu geschaffenen Situation Stellung.

Die sehr stark besuchte Konferenz wurde von dem Genossen Sebatz eröffnet, der nach einigen einleitenden Sätzen sofort dem Genossen

Sermann Harnisch

das Wort erteilte. Genosse Harnisch: Die Meinungen über die Notwendigkeit und die Art der Verwaltungsreform für Berlin gingen innerhalb der Partei stark auseinander. Unsere Stellung zu dem Gesetzentwurf des preussischen Innenministeriums ist durch die Entscheidung des Gemeindevorstandes zwangsmäßig festgelegt. Der Referent gibt einen kurzen historischen Überblick über die Verhandlungen, die der Gesetzentwurf in den verschiedenen Phasen durchgemacht hat und fährt dann fort: Der Vorstoß des Zentrums im Gemeindevorstand kam völlig unerwartet. Noch gestern hatten die Parteien zahlreiche Änderungsanträge gestellt und damit ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an dem Entwurf bekundet. Als dann der Zentrumsvorsitzende plötzlich den Antrag stellte, den Namen des Gesetzes zu ändern, und es bald klar wurde, daß das Gesetz im Ausschuß zu Fall gebracht werden sollte, erschien Severing, dessen temperamentvolle Ausführungen und Hinweise auf die Folgen einer Ablehnung jedoch ohne Einfluß auf die Haltung der Rechtsparteien und des Zentrums blieben.

Man müsse vom Zentrum darüber Klarheit verlangen, ob es überhaupt noch die Absicht habe, Gesetze von weitestgehender Bedeutung in diesem Landtag zu verabschieden.

Das Zentrum lasse sich allein von dem Gedanken leiten, seinen Einfluß in der Berliner Verwaltung zu stärken. Auch die Sozialdemokratie müsse härter als bisher die Verteidigung und den Ausbau der Opposition in der Berliner Verwaltung in den Vordergrund stellen.

Als zweiter Redner sprach Genosse

Karl Herz:

Gegenüber dem ersten Entwurf des preussischen Innenministeriums habe die Berliner Partei einstimmig eine ablehnende Stellung eingenommen. Unter dem Druck der finanziellen Notlage habe sich die Haltung vieler Parteigenossen gegenüber den Änderungsanträgen verändert. Bei aller Würdigung der Notwendigkeit einer organisatorischen Umgestaltung und der personellen Ergänzung der Berliner Verwaltung dürfe man nicht verkennen, daß eine schlecht vorbereitete Umgestaltung große Nachteile bringen würde. Gegenüber einer gewissen Hurraatimmung müsse man erklären, daß der Weg Berlins für eine Reihe von Jahren zwangsmäßig vorgezeichnet sei. Die dauernd ansteigende Zahl der Wohnflächterwerbslosen behafte die Arbeit der Stadt in den kommenden Jahren. Wenn wir an eine Aenderung des Gesetzes Groß-Berlin herangehen und dafür die politische Verantwortung übernehmen, muß man an die Reform mit sehr großer Vorsicht herangehen. Die Deffektivität hat die Vorstellung, daß der Berliner Apparat nicht ordnungsgemäß funktioniert. Deshalb erscheint eine Neugestaltung notwendig; aber es gelte, Ruhe und die Besonnenheit zu bewahren und stets zu bedenken, welche Auswirkungen die Schaffung eines neuen Berliner Gesetzes zwangs-



Rum wurden auch die Brennholzfuhrten in die Stadt wieder häufiger, und der Wagen kam nicht mehr leer, sondern mit Fiegelsteinen zur knappen Hälfte beladen zurück; mehr schaffte der Hans nicht auf den verwehten Sandwegen. Freilich waren auch die noch nicht fürs Wohnhaus bestimmt; erst das Vieh und dann der Bauer, sagte Andreas Korn und baute einen massiven Stall, den eines Mittags breitköpfig und breitshentlig eine schön geschickte Kuh bezog. Die Kuh wiederum graste auf der Wiese, die man inzwischen von einem Schlossherd Bauer gepachtet hatte. Zwar hatte man nicht das trockene Stück bekommen, auf das es abgesehen war, sondern Sumpfland, und die Pachtsumme war Andreas recht hoch erschienen; aber wer konnte das beurteilen im Wertwandel der Inflation. . . . Es hinderte ihn nicht, daß auch dieser Tag ein großes Fest und das erste Hele Mähen der Kuh beinahe ein Choral war.

Gerade an dem letzten Sonntag, dessen sonnige Frühe endlich die feierlich heitere Grundsteinlegung des Wohnhauses gebracht hatte, bekamen sie Besuch. Es war Herr Siegfried Schmiger, durch dessen Vermittlung sie das Land gekauft hatten. Er sah, schmächtig und beweglich, in seinem schönen Auto neben einem sehr großen und sehr dicken Mann mit Strohhut und Uhrkette, der hier ebenfalls Land erwerben wollte und von Schmiger als Herr Friedrich Papendiek vorgestellt wurde.

Luise erschien dieser riesige Mann schauer als sie selbst; der sah sich wenigstens das Land erst an. Er schnupperte denn auch gleich mit seinen gewaltigen Nasenscheidern nach oben, leckte an seinem Zeigefinger, hielt ihn in die Luft und fragte: „Tüchtiger Wind, was?“ — eine Tatsache, zu deren Feststellung es weder der Frage noch der besonderen Anstalten bedürft hätte. Korn fiel es bei dieser Gelegenheit erst auf, daß hier eigentlich immer Wind war, immer ein recht mildes Wehen zwischen Wasser und Wald; und sie sagten das Herrn Papendiek.

„Der Wind“, erwiderte Herr Papendiek sanft und

fließend, „ist einer der wesentlichsten Faktoren für eine gedeihliche Landwirtschaft, indem er für Bewegung der Halme und Blüten und infolgedessen für die Befruchtung Sorge trägt. Ein tüchtiger Landwirt soll daher bei der Auswahl seiner Felder auf günstige Windverhältnisse achten.“

Hierauf stampfte Herr Papendiek mit der Selbstverständlichkeit eines Dachhäuters zur Bauhütte hinüber und erklärte nach flüchtiger Besichtigung, daß er ein so läglisches Wohnen natürlich nicht einführen würde; vielmehr würde er erst herkommen, wenn das Haus fertig stünde.

Luise war gekränkt. „Gewiß. Aber wir müssen uns unser Haus selbst bauen.“

„Natürlich“, bemerkte Herr Papendiek ungerührt, „wenn mans nicht so hat. . .“ — und sah Hans gerade in ein Stubbenloch fallen.

„Dafür gibts doch Maschinen!“ empörte er sich, um so gleich fortzuführen: „Die zunehmende Maschinisierung unserer Landwirtschaft ist geeignet, auch die letzten Reste mittelalterlicher Tierzüchterei dem Schoße der Vergangenheit einzuzerleiben.“ „Lokalpöhs“, fügte er nach einer Pause hinzu, halb laut und für sich, und ging auf die Suche nach Herrn Schmiger.

Der hatte sich abseits gehalten; hatte Herrn Papendiek nicht im geringsten zugeredet; hatte vielmehr recht betreten dieses traurige Stück Land überblickt, das er an den Mann zu bringen suchte. Er empfand sogar etwas wie Gewissensbisse. Der Besitztitel war ihm zufällig zugeflogen, wie einem so mancher Wert zuflog in dieser Zeit der Inflation, in der er lebte, ohne sie zu lieben. Er konnte nicht heimlich werden in ihr; er trug die Merkmale seiner Familie, und die Schmigers waren ein seit dem Großen Kurfürsten in Berlin bodenständiges jüdisches Geschlecht; die Sessel aus rotem Plüsch, die in dem immer halbdunklen Zimmer am Halle'schen Tor Siegfrieds Kindheit ernsthaft umstanden hatten, waren nicht mit Schmutzdecken bespannt gewesen: man hatte es sich leisten können, sie abzunutzen. Aus dieser Zeit war Herrn Schmiger eine Moral geblieben, gut genug, um erst nach langem Kampf der schlechten Zeit zu unterliegen. Selbst jetzt, da es längst so weit war und er mithin geschäftliche Erfolge hatte, die diese Terrainspekulation hier geradezu nebenächlich machten, hatte er sich, bis Papendiek ihn mitschleifte, vor der genauen Kenntnis seines Verkaufsobjektes gedrückt: das war seelisches Kneifen, also eine Art negativer Moral und das einzige Ethos der Inflation.

Als ihn daher Papendiek jetzt scherzhaft und schmerzhaft auf die Schulter schlug: „Na, ich werde mal mit fußzehn

Morgen reinspringen. Vene wird ja wohl nichts dagegen haben!“ — da nahm er sich fest vor, dies mißliche Bodengeschäft einweilen liegen zu lassen; seine anderen, seine Luftgeschäfte brachten sowieso mehr ein. Und nur ganz aus geschäftlicher Gewohnheit sagte er schnell: „Wie wird das Fräulein Tochter was dagegen haben, auf ein so schönes Stück Erde zu kommen!“ Und er wies über Sand und See; die Geste seiner Hand war beinahe sehnlichst.

Herr Papendiek verabschiedete sich geräuschvoll. „Einen Kesselbrunnen haben Sie da? Das halte ich aber gar nicht für ratsam. Kesselbrunnen haben den Nachteil, bei starkem Frost der Gefahr des Einfrierens in bedeutend höherem Maße ausgesetzt zu sein. — Sie sind aus Berlin? Kennen Sie den Landwirtschaftlichen Ratgeber, Bodenbeilage des Anzeigers für die Vororte Berlins? Nicht? Sollten Sie lesen! Dann hätten Sie manche Dummheit nicht gemacht! Na, werde Ihnen mal ein paar Nummern schicken!“ Und nun löste das Kästel Papendiek mit großer Geistes sich selbst: „Ach bin da nämlich beschäftigt, leitende Stellung, wissen Sie?“

Andreas konnte sich Papendieks gedrucktes Reden endlich erklären, nickte ein zweideutiges „Aha!“ und sah die goldene Uhrkette ohne Abschiedsächmer davonbaumeln. Das also sollte ihre Nachbarschaft werden. . . . Mit der Wildnis würde man schon fertig werden. Ob mit Papendiek — das war noch die Frage.

Vorort freilich blieben sie noch allein, während das Haus in die Höhe wuchs und vom Hans Morgenstück um Morgenstück gerodet, rigolt, gedüngt und gepflügt wurde. Das Bauer besorgten die beiden Männer; den Pflug führte Luise und war stolz darauf. Als sich eben der erste gelbe Ton in das Grün der Birken stahl, Ende September etwa, wurde Richtfest gefeiert; die kleine Lanne auf dem First trug ihre Spitze fast so hoch wie die einlame Kiefer, neben der das Haus gebaut war; es war ein stattliches Haus, wohl und weit abgemessen in seinem Keller, seiner Diele, seiner Küche, seinen zwei Stuben und seinen Bodenträumen, die man noch ausbauen konnte. Sie waren sehr stolz und sehr glücklich, daß es soweit war; der Oktober ließ sich regnerisch an und stürmte wie ein herbstlicher April, die Dachpappe der Bauhütte wehrte sich vergeblich mit einer neuen Leerdicht gegen die Risse, der kleine Ofen kämpfte umsonst mit der Kälte, die der Wind pfeifend durch die Fugen trieb; der Arbeiter wurde mürrisch, er war ein alter Mann und fürchtete, sich zu erkälten; und sie beeilten sich sehr mit dem Decken des Daches und mit dem Einsetzen der Fenster und mit dem Legen der Dielen. (Fortf. folgt.)

mäßig haben muß. Die Partei müsse eine einheitliche Linie in allen diesen Fragen haben. Der Redner geht dann ausführlich auf die Abänderungsanträge des preussischen Innenministers zu dem ersten Entwurf ein, die er im großen und ganzen als verwaltungstechnisch untragbar ablehnt. Die kommunale Demokratie sei die Grundlage des demokratischen Staates. In allen großen Verwaltungsreformen werde die gesunde Vernunft der breiten Massen den Weg weisen. Nüchternste Realität müsse verbunden werden mit dem großen staatspolitischen Ideal, für das wir alle kämpfen.

Als letzter Redner erhielt das Wort Genosse

Johannes Hap:

Jeder, der in der Berliner Kommunalpolitik Beteiligter ist, hat damit gerechnet, daß eine Aenderung des Gesetzes Groß-Berlin kommen wird. Die Öffentlichkeit werde sich nicht eher beruhigen, als bis die Reform durchgeführt ist. Die Frage der guten Zusammenarbeit zwischen Zentrale und Bezirke ist das A und O aller künftigen Verwaltungsarbeit in Berlin. Mit dem Bürgermeisterkollegium habe man ein Zwischenstück zwischen reiner Magistratsverwaltung und rheinischer Bürgermeistereiverfassung schaffen wollen. Wir sind augenblicklich, ebenso wie Reich und Staat, sowie die öffentliche und Privatwirtschaft in finanziellen Schwierigkeiten. Die Umschuldungsaktion, die die Stadt jetzt vornehmen muß, kann nicht gelingen, solange die hauptverantwortlichen Stellen an der Spitze unbesetzt sind. Die letzte Stadtverordnetenwahl hat die bisher bestehende Staatsmehrheit im Rathaus zerschlagen. Durch diese Tatsache sind alle großen Entscheidungen im Stadtparlament in der letzten Zeit negativ ausgefallen. Als Folge dieser Entscheidung kamen die Staatskommissare über Berlin. Die Initiative, die der Genosse Severing in der Frage des neuen Berlin-Gesetzes entfaltete hat, ist im Interesse der Stadt Berlin nur zu begrüßen.

Wollen wir nicht wieder zum Staatskommissar kommen, müssen wir den Weg zu der neuen Lösung finden!

Die Stadtverordnetenversammlung hat, obgleich sie eines der arbeitsreichsten Parlamente der ganzen Welt ist — erbedigen die Stadtverordneten doch jährlich über tausend Verlagen — in der Bevölkerung keinen guten Ruf, weil das äußere Drum und Dran der Verhandlungen das Ansehen des Stadtparlamentes immer wieder diskreditiert. Die Stadt Berlin wird die nächsten notwendigen Leberbrückungskredite nicht erhalten können ohne die Hilfe des preussischen Staates und ohne die Hilfe der Reichsbank. Wenn man diese Unterstützung ohne Aenderung der Berliner Verfassung nicht erhält, droht der Staatskommissar, der aber diesmal seine Tätigkeit für lange Zeit einrichten würde.

Röme mag in diesem Augenblick zu gar keinem Ergebnis, so wäre das ein Unglück für die Stadt Berlin.

Im preussischen Gemeindeausschuß hätten Zentrum und Rechtsparteien sich in der Ablehnung des Severing'schen Entwurfes zusammengefunden. Diese Parteien würden die Verantwortung für alle finanziellen Folgen zu tragen haben, die der Stadt Berlin aus einer Ablehnung des Gesetzes erwachsen. Es sei zu hoffen, daß es der Initiative und Tatkraft der sozialdemokratischen Landtagsfraktion doch noch gelingt, in der für die Reichshauptstadt so wichtigen Frage zu einer praktischen Lösung zu kommen.

Da eine Diskussion von der Konferenz nicht gewünscht wurde, schloß der Genosse Runkler nach einigen Dankworten an die Referenten die Tagung.

Er wollte seine Familie umbringen.

Schredensstat eines Arbeitslosen in der Eibinger Straße.

Eine Schredensszene spielte sich gestern Abend gegen zehn Uhr in einem Hause in der Eibinger Straße ab. Der 30jährige arbeitslose Arbeiter Hermann N. hatte die Gardinen und Möbelstücke seiner Wohnung in Brand, um seine Frau und seine vier Kinder zu töten. Durch die Hysterie der Frau wurden aber Hausbewohner aufmerksam, die in die Wohnung eindringen und die in höchster Gefahr befindlichen bestreiten. Der Täter wurde von der Kriminalpolizei festgenommen. Wie er angibt, wollte er aus Verzweiflung über die dauernde Arbeitslosigkeit sich und seine Familie umbringen.

Das niedergebrannte Wochenendhaus.

Fünf Einbrüche in einer Nacht.

Wegen vorsätzlicher Brandstiftung und Einbruchdiebstahl in fünf Fällen stand am Freitag ein gewisser Kurth vor dem erweiterten Schöffengericht Neukölln.

In der Nacht zum 13. Dezember wurde der Angeklagte auf der Landstraße in Senzig festgenommen. Noch in derselben Nacht brannte dort ein Wochenendhaus völlig nieder. Kurth, der sich ohne Papiere in der Gegend umhertreibt, wurde aufgegriffen und geriet in den Verdacht der Brandstiftung und des Einbruchs in fünf weiteren Wochenendhäusern, denen in der betreffenden Nacht ein Besuch abgestattet worden war. Durch Fußspuren konnte der Angeklagte, der anfänglich jede Straftat bestritt, überführt werden. Er gab zu, daß er die fünf Wochenendhäuser erbrochen und bestohlen hatte, während er den Brand auf eine Fahrlässigkeit zurückführte. Nach seiner Darstellung hatte er auf dem Tisch des Wochenendhauses eine Kerze angezündet, die er später nicht auslöschte. So entstand das Feuer, wodurch das ganze Haus in Asche gelegt wurde.

Während der Staatsanwalt eine vorsätzliche Brandstiftung für erwiesen hielt und drei Jahre Zuchthaus als Gefamiltstrafe beantragte, hielt das Gericht lediglich die Fahrlässigkeit für erwiesen. Kurth erhielt zwei Jahre Gefängnis.

Unterschlagungen beim Arbeitsamt Ost.

Die Kriminalpolizei ist zur Zeit mit der Untersuchung von Unterschlagungen beschäftigt, die beim Arbeitsamt Ost vorgekommen sind. Es handelt sich um mehrere Angeklagte, die seit längerer Zeit diese Unterschlagung in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung begangen haben. Neun Angeklagte sind bereits festgenommen und zahlreiches Material ist beschlagnahmt worden. Bisher sind Fehlbeiträge von mehreren tausend Mark entdeckt; die genaue Summe steht noch nicht fest, da die Sichtung des umfangreichen Materials noch längere Zeit in Anspruch nimmt und dann erst die genaue Summe festgestellt werden kann. Die Täter sind teilweise geständig. Inwiefern die Beteiligten sich im einzelnen strafbar gemacht haben, werden die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei ergeben.

Wie es heißt, ist die Aufdeckung des ganzen Wanders durch

Kommender Riesenprozeß.

Sieben Direktoren einer Privatgesellschaft unter Anklage.

Am 17. August 1929 erhielt die privatrechtliche Wirtschaft einen juchharen Schlag durch einen der größten Versicherungslandale, die bisher bekanntgemorden sind. Der große Konzern der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.G., kurz Favag genannt, damals die zweitgrößte deutsche Versicherungsgesellschaft, brach unter sensationellen Umständen zusammen. Bald darauf wurden die leitenden Direktoren verhaftet. Es wurde die Voruntersuchung eröffnet, die sich jetzt nach anderthalb Jahren, ihrem Ende nähert. Ihr äußeres Ergebnis sind 150 dicke Aktenbündel mit annähernd 600 Beilagen.

Die Favag-Affäre ist mehr als das Einzelschicksal der angeklagten Direktoren Becker, Lindner, Schumacher, Sauerbrey, Fuchs, des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Dr. Kirchbaum und des Generaldirektors Mädyen von der Vereinigten Berlinischen und Preussischen Lebensversicherung-A.G. in Berlin. Der Prozeß wird, ganz gleich, wie er ausgeht, von der allergrößten Bedeutung für das deutsche Wirtschafts- und Rechtsleben sein. Es unterliegt schon heute keinem Zweifel mehr, daß die Favag-Affäre Anlaß sein wird, Bestimmungen des Handelsgesetzbuches und besonders aktienrechtliche Fragen entscheidend zu ändern. Um hier einer künftigen und bereits eingeleiteten Gesetzgebung das notwendige konkrete Material an die Hand zu geben, sieht man sich zu einer besonders eingehenden Untersuchung die auffallend lange Zeit.

Die Summe der Delikte, die den einzelnen Angeklagten vorgeworfen werden, ist nicht gering. So hat sich zum Beispiel im Falle Becker die Voruntersuchung auf nicht weniger als vier- oder fünf strafrechtliche Tatbestände erstreckt. Bilanzfälschung

und Bilanzverschleierung sowie handelsrechtliche Untreue werden offen Angeklagten vorgeworfen. Daneben werden sich einige Direktoren gegen den Vorwurf des Betruges, der geschwindigen Verwertung von Prämienreserven, der Depot-Unterpfändung und des Beiseitehaltens von Vermögenswerten zu verantworten haben. Bei der außerordentlichen Kompliziertheit der Materie wird das Gericht in einer Reihe von Fällen zu grundsätzlichen Entscheidungen gezwungen sein. Zum erstenmal in der Geschichte des deutschen Strafrechtes werden bestimmte, bisher nur theoretisch bekannte Delikte zur Aburteilung stehen. Die Klärung, die hier das Gericht schaffen muß, wird von der größten Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben sein. Man hat gesehen, wie in der Favag der Aufsichtsratsvorsitzende den Direktoren die Genehmigung zu Geschäften für die eigene Tasche erteilt hat.

Weiterhin haben die Direktoren für Rückbürgschaften, die sie gegenüber der Favag zu ihren Gunsten übernommen hatten, Prämien bekommen. Ebenso sind, als der Hektik-Aufsichtsrat auf Veranlassung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherungen für nicht voll eingezahlte Aktien der Favag Rückbürgschaften übernommen, dafür jährliche Prämien gezahlt worden. Schon diese wenigen Beispiele zeigen, wie bezeichnend gerade die Favag-Affäre für manche heutige Geschäftsmethoden sind, wie stehend häufig die Grenze zwischen krimineller und egoistisch-geschäftlicher Betätigung ist.

Mit der Zustellung der Anklage rechnet man für die Woche kurz vor den Gerichtsferien, so daß der eigentliche Prozeßbeginn dann unmittelbar nach diesen erfolgen wird. Der Prozeß wird sich mindestens über drei bis vier Monate erstrecken, so daß man erst im Jahresfrist mit der Beendigung dieses monströsen Prozesses rechnen darf.

Zufall gelungen. Als der Ertappte in ein scharfes Kreuzverhör genommen wurde, kam man auch den anderen hinter die Schliche, die Polizei wurde benachrichtigt und alle Beteiligten festgenommen. Die Ungetreuen, jüngere sowohl wie ältere Bediente, waren teils als Kofferträger, teils als Buchhalter beschäftigt. Manche von ihnen sind schon jahrelang im Dienst. Die Betrügereien können auch nicht von heute und gestern sein, sondern sie scheinen sich vielmehr über eine Zeitspanne von einhalb bis zwei Jahren zu erstrecken. Wahrscheinlich haben einige Beamte von anderen die Täuschungsmanöver gesehen und sie nachgemacht. So begann eine Gruppe im Herbst vorigen Jahres, eine andere kurz vor Weihnachten. Durch die kriminalpolizeiliche Untersuchung wird festgestellt werden, ob noch weitere Desfraudanten an der Angelegenheit beteiligt sind.

Der Schrecken von Tegeler.

Ein Mensch, der unbedingt in Gewahrsam muß.

Zu 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust wurde gestern der 24jährige Arbeiter Rudolf Schubert verurteilt, der im November v. J. als „Der Schrecken des Tegeler Waldes“ verhaftet worden war.

Der Angeklagte, der wegen fortgesetzten schweren Raubes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung und wegen Raubzucht verurteilt wurde, hatte im November seine Arbeitsstelle in Schulendorf verloren, weil er seinen Arbeitgeber bestohlen hatte. Seit diesem Tage trieb er sich im Tegeler Forst herum und lauerte auf den Waldwegen, die von den Straßenbahnhaltestellen zu den Dreischößen führen, alleingehenden Frauen auf. Am späten Nachmittag oder Abend verbarg er sich dort und eilte hinter jeder Frau her, die entlangging. Er haßte seinen Stief an ein Bein der Fliehenden, so daß seine Opfer zu Boden fielen und er ihnen die Handtasche entreißen konnte. So verübte er zwischen dem 21. und 24. November sechs Raubüberfälle, bei denen er allerdings nur geringe Beute machte. Eine Försterschöter, die nur noch wenige 100 Meter von ihrem Hause entfernt war, schlug er, nachdem er sie beraubt hatte, nieder, so daß sie bewußtlos wurde und er sie mitbringen konnte.

Dieses junge Mädchen befandete vor Gericht, daß durch den Mordfall ihr ganzes Leben zerstört worden sei.

Sie habe ein Herz- und Nervenleiden davongetragen, leide an Krämpfen und Verfolgungswahn, und überdies habe ihr Bräutigam infolge dieses Voralles die Verlobung aufgelöst. Man darf aber vielleicht daran zweifeln, ob die Liebe des Bräutigams echt war. Das so schwer getroffene Menschlein nicht im Stich zu lassen, wäre wahrhaft ehrenwert. Durch diese Untaten

Funkwinkel.

Der Deutschlandsender übernahm eine Veranstaltung aus Breslau Heimat in Schlesien. Aus meinem Tagebuch, von Karl Hauptmann. Waldemar von Grundmann hatte die Wortzusammenstellung für die Funkaufführung übernommen; die Musik schuf Gerhard Straube. Wer Karl Hauptmann, diesen abseitigen Großen, diesen wunderbaren Menschen und wunderbaren Geist liebt, wer ihm ein wenig nahesteht, dürfte die Darbietung mit ganz großer Freude abgehört haben; sie war des Dichters nicht unwürdig. — Die angeblich „unterhaltliche Betrachtung“ Walter Gronostans über „Gefühl“, die Berlin am Abend nach einem schönen Wagner-Konzert sendete, entpuppte sich als ganz lehrreiche, aber durchaus nicht sehr kurzweilige Vorlesung. — Der Dichter Alfons Paquet wurde den Hörern der Deutschen Welle durch ein Gespräch zwischen E. C. Gomoll und Karl Graef nahegebracht. Die Auswahl, die dabei aus seinem Werk geboten wurde, machte es auch denen deutlich, die bisher nichts davon kannten, zeigte auch ihnen wenigstens einen Umriß davon. — Von anderen Dichtern, die, wenn sie auch nicht an die Bedeutung dieses Abschlusses heranreichen, doch auch lebendige Werke schufen, in denen Sehnsucht, Hoffen und Streben einer Menschenklasse Gehör gewannen, sprach Ernst Paul-Prog. Er berichtete in einer Veranstaltung der Funkstunde von der Entwicklung der suberdeutschen Arbeiterbewegung, die emporgewachsen aus festem Grund, aus Hunger und Not, aus Klage und Anklage und die heute ausstrahlt als Flamme einer besseren Zukunft. — Aus einem Buch „Erlebnisse unter Geirangenen“ las Elisabeth Schacht. Es war trotzdem keine literarische Veranstaltung. Nur um die Sache, um den Inhalt ging es, nicht um die Form. Die Vorlesung wirkte schlicht, wie ein unmittelbarer erfüllender Bericht von dem Leid hinter den Gittern der Gefängnisse.

waren die Bewohner des Tegeler Waldes so vor dem Räuber gewarnt worden, daß er nach einigen Tagen verhaftet werden konnte. Schubert verteidigte sich damit, daß er arbeitslos und obdachlos gewesen sei und daß es ihm nur darauf angekommen sei, den Frauen etwas Geld für Lebensmittel abzunehmen. Ein unbekannter Mann, den er im Walde getroffen hatte, habe ihm den Rat gegeben, auf diese Weise fremde Handtaschen an sich zu bringen.

Der Staatsanwalt nannte den Angeklagten einen gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Straßenräuber, vor dem die Öffentlichkeit möglichst lange geschützt werden müsse. Das Gericht erkannte auch gemäß den Anträgen des Staatsanwalts und des Nebenklägers, der als Rechtsbeistand der Försterschöter fungierte, auf eine hohe Zuchthausstrafe und verhängte über den Angeklagten Polizeiaufsicht, sobald er aus dem Zuchthaus entlassen werde.

Lettland-Deutschland 2:0.

Eishockey-Länderwettkampf der Arbeiterportler.

Im Eishockeyspielerwettkampf zwischen Lettland und Deutschland, der gestern Abend im Berliner Sportpalast abgewickelt wurde, siegten die lettischen Gäste verdient mit 2:0 Toren.

Großfeuer in Pichelsdorf.

Die Spandauer Feuerwehr wurde gestern Abend um 10 Uhr nach der Halbinsel Pichelswerder alarmiert, wo ein 25x30 Meter großer Bootschuppen auf dem Gelände der Hochschule für Leibesübungen in Flammen stand. Mehrere Berliner Jüge mußten zur Hilfeleistung herangezogen werden, ohne daß es jedoch gelang, von dem brennenden Bootschuppen etwas zu retten. Die Wehren mußten sich darauf beschränken, die benachbarten Gebäude zu schützen. Der Schaden ist sehr groß, da zahlreiche Boote ein Raub der Flammen geworden sind.

Wlilan Teigel verunglückt.

Einen schweren Unfall erlitt im Kopenhagener Varietélokal „Balencia“ die bekannte deutsch-amerikanische Luftkrobistin Wlilan Teigel, die im Januarprogramm des Berliner Wintergartens aufgetreten und durch ihre großartigen Serlen von Kreuzschwüngen am freischwebenden Seil die Freunde der Kunst in Entzücken versetzt hatte. Als die Artistin ihre Vorführungen am Trapez begann, brach plötzlich am Gerüst ein Schornier. Die Krobistin stürzte mit einem Schrei etwa zehn Meter tief zu Boden, schlug mit dem Rücken auf und erlitt ernsthafte Kopf- und Schulterverletzungen. Alfredo Codona, der Gatte der Frau Teigel, der mit seinem Bruder und dessen Frau zurzeit noch im Wintergarten gastiert, ist mit einem Flugzeug sofort nach Kopenhagen gefahren, wird aber im Laufe des heutigen Tages wieder zurück erwartet. Hoffentlich hat die sympathische Künstlerin keinen großen Schaden genommen.

Elite-Sänger, Theater am Kolthuffer Tor. Das Februarprogramm der Elite-Sänger zeigt, daß die Sänger eifrig bestrift sind, ihrem vermehrten Publikum allmonatlich etwas Neues zu bieten. Die Einleitung gab Musikdiregent Werner Baré mit seinen Elite-Duo-Symphonikern. Der zweite Teil zeigte einen „Mastendoll“, der großen Beifall fand. Als tangender und singender Groteskomiker gefiel Emil Stein, in keiner Szene „Luststudien“ Max Hoff. Ein originelles Duett bilden Alfons Bornemann und Emil Stein. „Die zwei auf dem Dache“. Das Reiterquartett der Elite-Sänger, mit Kapellmeister R. Fric am Flügel, fand großen Beifall. Schorch Ruckell erlitten diesmal als „Matrose“, und unter kühnlicher Heiterkeit erzählte er seinen Zuschauern von vielen Schiffs- und Gewässern. Auch einige Einlagen wurden gegeben, darunter Fräulein Heddy Peter als Blumendüchse vom Wedding. Das Publikum wählte sich vor Laßen! Eine sehr gut aufgenommene Originalburleske von Max Reumann: „Die Frauen streiten“, wurde durch langanhaltenden Beifall belohnt.

„Die Juspilung der Heklenischen Diktatur.“ Ueber dieses Thema spricht am Sonntagabend, 14. Februar, 10.30 Uhr, im Heimhof des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Genossin Dda Döberg. Wien. Karten 50 Pf. (Anschl. Gordenberg) sind auch nach an der Wendelasse zu haben.

Der richtige Weg zur Erlangung schöner weißer Zähne ist folgender: Trinken Sie einen Obang Chlorodont-Zahnpaste auf die trockene Chlorodont-Zahnbürste (Spezialbürste mit geschliffenem Borstentypus), trinken Sie Ihr Getränk nun nach allen Seiten, auch von unten nach oben, tauchen Sie erst jetzt die Bürste in Wasser und stellen Sie mit Chlorodont-Mundwasser unter kühnlich gründlich nach. Der Erfolg wird Sie überraschen! Der mühselige Zahnbelag ist verschwunden und ein herrliches Gefühl der Frische bleibt zurück. Verlangen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpaste zu 50 Pf. Verlangen Sie aber bald Chlorodont und weisen Sie jeden Erfolg dafür zurück.

Polizeihaft und Untersuchungshaft.

Eine kurze, aber notwendige Betrachtung.

Mittler gibt irgendeine ganz unbedeutende Nothilfe Gerichtsverhandlung Anlaß zu äußerst nachdenklichen Betrachtungen. Das war kürzlich vor dem Schnellschöffengericht der Fall. Das durch diese Verhandlung angerührte Problem hieß Polizeihaft und Untersuchungshaft.

Der Kampf gegen Mißbrauch der Polizeihaft und Untersuchungshaft wird seit Jahren geführt. Nicht ohne Erfolg. Die Kriminalpolizei hat sich in diesem Gebiete verbessert. Vernehmungsrichter und Staatsanwälte sind im großen und ganzen viel vorsichtiger als früher. Und zu, immerhin noch oft genug, wird aber in dieser Hinsicht auch jetzt noch gesündigt. Das erlebte man z. B. in dem Falle der vier Burschen, die sieben wegen Einbruchdiebstahls vor dem Schnellschöffengericht standen, worüber im „Vorwärts“ berichtet wurde.

Die vier Burschen hatten noch einer Zecherei die Fensterhebe eines Radiogeschäftes eingeschlagen und einen Radioapparat mit Zubehör an sich genommen. Die Polizei brachte nach der Vernehmung drei von den vier jungen Burschen in Polizeihaft. Von diesen drei waren zwei nicht vorbestraft, das Strafregister des dritten zeigte zwei Vorstrafen wegen Diebstahls. Einer der Nichtvorbestraften hatte Arbeit mit einem Wochenlohn von 20 M.; der zweimal vorbestrafte Zwanzigjährige Arbeit mit einem Wochenlohn in Höhe von 70 M. Man fragt sich nun:

Weshalb mußten die beiden Nichtvorbestraften in Polizeihaft genommen werden?

Einer von den beiden erhielt 4 Monate Gefängnis und durfte nach Hause gehen, der andere wurde freigesprochen. Verdunkelungsgefahr lag nicht vor. Ebensowenig Mordverdacht. Die beiden hatten feste Wohnung. Der eine der jungen Leute riskierte aber durch seine Inhaftnahme, seine Arbeit zu verlieren. Da seine Tat Ausfluß eines gewissen Jugendleidens war, so mußte die drohende Arbeitslosigkeit für ihn ganz besondere Gefahr bedeuten.

In höherem Maße gerechtfertigt schien die Inhaftnahme des zweimal wegen Diebstahls vorbestraften Zwanzigjährigen. Aber auch seine Tat war diesmal mehr Ausfluß eines vielleicht nicht ganz ungefährlichen, durch die vorhergegangene Kneipelei verursachten Ueberrmutes, als Ausdruck einer verbrecherischen Gesinnung. Er hatte seine gut bezahlte Arbeit — 70 M. Wochenlohn; Verlust der Arbeitsstelle bedeutete für ihn eine noch größere Gefahr als für seinen Mitangeklagten.

Aus demselben Grunde hätte das Gericht trotz der neun Monate Gefängnis, zu denen der junge Mensch verurteilt wurde, ihn vielleicht doch nicht in Untersuchungshaft schicken sollen.

Der Vorsitzende, ein äußerst verständiger Richter, der sich stets von pädagogischen Grundsätzen leiten läßt, glaubte allerdings, daß

man diesen jungen Menschen seine Tat ernstlich zu Gemüte führen müsse, um ihn vor der schiefen Bahn zu bewahren. In diesem Sinne äußerte er sich auch der schluchzenden Mutter gegenüber, die sich von ihrem weinenden Zwanzigjährigen, der bei ihr wohnte, verabschiedet hatte. Wenn nun aber der Junge nach Verlassen des Gefängnisses — der Richter wird ihn die neun Monate bestimmt nicht absetzen lassen — keine Arbeit findet, so dürfte selbst die als Erziehungsmaßnahme gedachte teilweise Strafverbüßung doch keinen Erfolg haben.

Vielleicht wäre eine energische Schutzaufsicht, unterstützt durch den drohenden Vollzug der Freiheitsstrafe, von stärkerem erzieherischen Einfluß gewesen, als die paar Monate Gefängnis.

in der wenig nützlichen Gesellschaft seiner Altersgenossen. Und noch eines lehrte diese Verhandlung. Die jungen Leute wurden am Mittwoch von der Kriminalpolizei verhaftet. Erst am Sonntag wurden die Akten der Staatsanwaltschaft vorgelegt. Mehr als zwei Tage brauchte also die Kriminalpolizei, um den einfachen Fall zu klären. Die beiden vom Gericht freigesprochenen jungen Menschen hatten somit fünf Nächte in Haft verbracht.

Hilfsaktion der Funktunde für die Winterhilfe.

Die Berliner Funktunde, die schon seit Wochen für die Winterhilfe wirbt und Sonderveranstaltungen für diese Zwecke plant, hat sich jetzt entschlossen, darüber hinaus eine Hilfsaktion zu veranstalten, die in einer wöchentlichen „Stunde für die Winterhilfe“ besteht. Zur Bestreitung dieser Darbietungen werden insbesondere Arbeitslosenkapellen und heilungslose Künstler herangezogen werden. Außerdem aber sollen bekannte Künstler mitwirken, die bereit sind, ihr Honorar ohne Abzug an die Winterhilfe überweisen zu lassen. Ferner wird in jeder dieser Stunden die Hörerschaft durch Mitteilung eines besonders dürftigen Falles aufgefordert werden, je nach Vermögen der

Freie Sozialistische Hochschule

Heute, den 14. Februar, 19.30 Uhr,
im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3
Vortrag der Genossin Oda Oelberg-Wien. über

Die Zuspitzung der italienischen Diktatur

Karten zum Preise von 50 Pf. (einschl. Garderobe) sind an folgenden Stellen zu haben: Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf. Lindenstr. 2. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Am Köhlischen Park 2 u. Buchd. Ringstr. 20. Verband der graph. Hilfsarbeiter, Rlinerstr. Ecke Luisenufer; Zigarngeschäft Horch, Engelstr. 24/25. Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreilindstr. 5. Zentralverband der Angestellten, Hedemannstr. 12. Verlagsgesellschaft des ADGB, Abteilung Sortiment, Inselstr. 6a. Geschäftsstelle des Touristenvereins Naturfreunde, Johannstr. 18, und an der Abendkasse.

Winterhilfe oder der Funktunde einen Betrag zu übersenden. Die Stunde für die Winterhilfe bietet außerdem der Funktunde die Möglichkeit, in noch stärkerer Weise als bisher arbeitslose Künstler zu beschäftigen. Die erste Veranstaltung findet am Freitag, dem 27. Februar, abends, im Anschluß an die zweite Bekanntgabe der Wetter-, Tages- und Sportnachrichten statt.

Zwei Kinder erstickt. Sie suchten Schutz vor dem Schneesturm.

Meiningen, 13. Februar.

Im nahen Wäldchen ereignete sich am Donnerstagnachmittag ein schwerer Unfall, dem zwei noch nicht schulpflichtige Knaben zum Opfer fielen, während ein dritter wie durch ein Wunder noch im letzten Augenblick gerettet wurde. Die drei Knaben waren beim Spielen von einem Schneesturm überrascht worden und hatten in der Nähe eines Gehölzes in einem Haufen sogenannter Waldstreue Schutz gesucht. Da dieser Haufen durch Abtragen schon stark ausgehöhlt war, stürzte er über den Kindern zusammen, und zwei von ihnen erstickten, ehe der Unfall bemerkt wurde.

Das Urteil gegen Tausend rechtskräftig.

München, 13. Februar.

Gegen das Urteil im Prozeß Tausend ist bis zu dem gestern abend erfolgten Ablauf der gesetzlichen Frist weder von Tausend noch von der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt worden. Das Urteil gegen Tausend — drei Jahre adl. Monate Gefängnis — ist damit rechtskräftig geworden.

Schönfließ 1281 — 1931.

Mit Freienwalde a. d. O., Saarau, Ludau und Wildsnaa gehört das in der Neumark, zwischen Königsberg und Soldin gelegene Moorbad Schönfließ zu den wenigen eigentlichen Badeorten, über die die Mark Brandenburg verfügt. Am 13. Februar konnte das im Jahre 1281 gegründete Städtchen auf ein 650jähriges Bestehen zurückblicken, ohne daß die Stadtverwaltung wegen der Ungunst der Zeit, Anlaß zu besonderen Feierlichkeiten genommen hat. Schönfließ ist für den Berliner zwar etwas abgelegen, aber trotzdem eines Wochenendbesuches wert. Das Städtchen ist noch ein wenig unständig. Man fährt mit der Briezener Bahn (vom Schleichischen Bahnhof) bis Jäddendorf (eine Station vor Königsberg/Neumark, dem wärkischen Rastenburg) und steigt hier in die Bahn nach Pyritz in Pommern über. Das Städtchen selbst ist einer jener friedlich-freundlichen märkischen Orte, die ohne hervorragende Architektur doch einen merkwürdigen Zauber auf den ausüben, der es versteht, sich in den stillen Rhythmus der Kleinstadt zu fügen. Während der Kurzeit entfaltet sich in dem freundlichen außerordentlich reizvoll an einem See gelegenen Kurpark ein richtiger, netter, kleiner Kurbetrieb mit Konzerten und Promenade. Das Bad selbst, zwar klein, ist durchaus modern eingerichtet und wird im wesentlichen von den neumärkischen Krankenkassen belegt. Von hier aus bringen den Touristen prächtige romantische Wege in das herrliche Wandergebiet des schon im Sommer sehr gelegenen Wilderbruch.

KONSUM-GENOSSENSCHAFT BERLIN u. UMGEGEND E. G. M. B. H.

In der Zeit vom 14. bis 21. Februar 1931 veranstalten wir eine

Werbewoche für GEG-Teigwaren

Durch Verarbeitung von bestem Hartweizen und Zusatz reichlicher Mengen von reinem Hühner-eigelb stellt die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine ein Produkt her, das an Güte



kaum übertroffen werden kann. GEG-Teigwaren geben deshalb recht nahrhafte und preiswerte Gerichte, die in ihrer Mannigfaltigkeit öfter als bisher auf dem Tisch des Werktätigen erscheinen sollten.

HARTGRIESS-WARE

- Bandnudeln lose Pfund 44 Pf.
- Fadennudeln lose, in Locken .. Pfund 50 Pf.
- Figurennudeln lose Pfund 44 Pf.
- Gräupchennudeln lose ... Pfund 44 Pf.
- Makkaroni lose Pfund 48 Pf.
- Makkaroni 1-Pfd.-Pak. 54 Pf.
- Makkaroni 1/2-Pfd.-Pak. 29 Pf.
- Spaghetti 1-Pfd.-Pak. 58 Pf.
- Spaghetti 1/2-Pfd.-Pak. 30 Pf.

GETROCKNETE FRÜCHTE

- Backpflaumen bosn.-serb. ... Pfd. 45 Pf.
- Backpflaumen „o. Steine Pfd. 70 Pf.
- Backpflaumen 1-Pfd.-Pak. 60 Pf.
- Backobst I kalif. gemischt Pfd. 62 Pf.
- Backobst II Pfd. 50 Pf.
- Ringäpfel amerik. Pfd. 90 Pf.
- Pfirsiche kalif. Pfd. 80 Pf.
- Birnen kalif. Pfd. 76 Pf.

EIER-WARE

- Bandnudeln 1/2-Pfd.-Pak. 38 Pf.
- Fadennudeln 1/2-Pfd.-Pak. 40 Pf.
- Figurennudeln 1/2-Pfd.-Pak. 38 Pf.
- Gräupchennudeln .. 1/2-Pfd.-Pak. 38 Pf.
- Makkaroni lose Pfd. 58 Pf.
- Makkaroni 1-Pfd.-Pak. 68 Pf.
- Makkaroni 1/2-Pfd.-Pak. 34 Pf.
- Hörnchen, Gräupch., Figur. 1/2-Pfd.-Pak. 19 Pf.
- Schleifchen, Körbchen, Hütchen Pfd. 66 Pf.

Eier-Hütchen, -Schleifchen und -Körbchen 1/2-Pfund-Schachtel . 40 Pf.

Eier-Hütchen, -Schleifchen und -Körbchen 1/2-Pfund in Cellaphan 45 Pf.

Die Abgabe der Waren in der Konsum-Genossenschaft Berlin erfolgt nur an Mitglieder. Die Mitgliedschaft kann jeder erwerben. Die Aufnahmegebühr beträgt 50 Pfennig. Mitglieder-Aufnahmen werden in sämtlichen 377 Abgabestellen der Konsum-Genossenschaft Berlin vollzogen.



Umschwung in der Kraftwirtschaft.

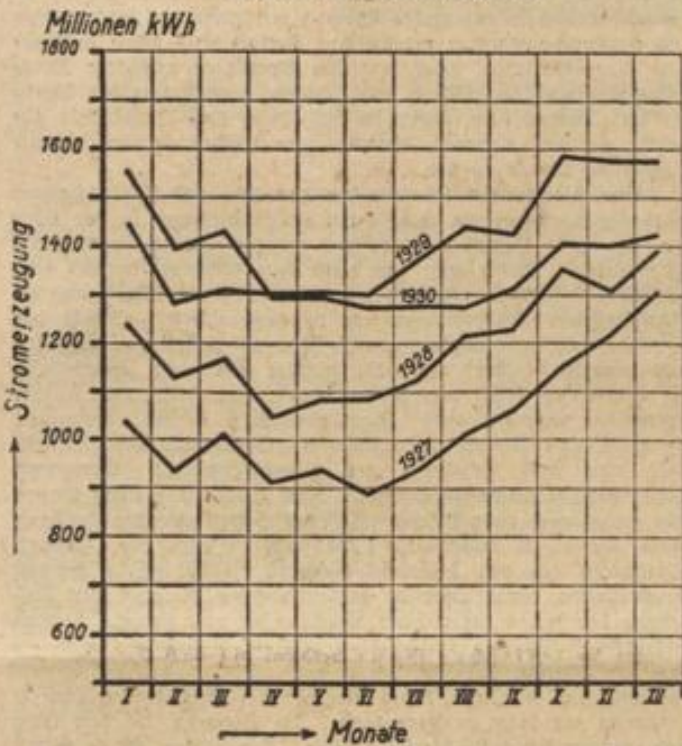
Krisenfolgen und ihre Bekämpfung / Von Dr.-Ing. W. Majerczik-Berlin

Die schwere Krise, die die Wirtschaft der ganzen Welt, im besonderen aber die deutsche Wirtschaft erschüttert, hat die Elektrizitätsunternehmungen viel später ergriffen, als andere Zweige der Wirtschaft. Die ersten Zeichen des Rückganges machten sich in der Stromlieferungsindustrie erst im April 1930 bemerkbar, zu einer Zeit, als andere Industrien schon seit Monaten unter Absatzrückungen, Produktionseinschränkungen usw. litten.

Der erste Rückschlag nach ununterbrochenem Aufstieg.

Eine Vorstellung von der Entwicklung der Stromerzeugung in Deutschland während der letzten Jahre geben die Kurven. Sie gründen sich auf eine monatliche Erhebung des Statistischen Reichsamtes. Die Statistik umfaßt 122 „repräsentative“, öffentliche und private, deutsche Elektrizitätswerke. Die 122 Werte stellen zusammen etwa die Hälfte der ganzen deutschen Stromerzeugung (öffentliche Elektrizitätsunternehmungen plus Eigenanlagen) dar.

Stromerzeugung in 122 deutschen Elektrizitätswerken



Das Elektrizitätswesen hat, man kann sagen von seiner Geburt ab, eine nahezu ununterbrochene Aufwärtsentwicklung gehabt. So wie in der graphischen Darstellung die Kurven 1927, 1928 und 1929 übereinander liegen, so war seit Jahrzehnten die Stromerzeugung fast jedes Jahres größer als die des vorhergehenden. Man hatte sich in den Kreisen der Elektrizitätsindustrie seit Wiederherstellung der deutschen Währung daran gewöhnt, mit einer Zunahme der Stromerzeugung von durchschnittlich etwa 15 Prozent in jedem Jahre zu rechnen. Tatsächlich war das Wachstum, nach den Erhebungen der Reichsstatistik, in den letzten Jahren bedeutend größer. Die deutsche Stromerzeugung stieg nämlich 1927 um 23,1 Proz., 1928 um 15,7 Proz., 1929 um 17,6 Proz. 1930 kam nun der Bruch in dieser von Wirtschaftskrisen bisher kaum beeinflussten Aufwärtsbewegung; es erfolgte eine Abnahme um 4,0 Prozent.

Nur wer die vergangenen Jahrzehnte einer glänzenden Prosperität miterlebt hat, kann ermessen, was der Rückschlag des Jahres 1930 für eine Industrie bedeutet, die kaum jemals schlechte Zeiten durchgemacht hat.

Die Krise der Elektrizitätswerke.

Wenn die Elektrizitätsindustrie jetzt in eine ernste Krise geraten ist, so hängt das zusammen mit dem fast plötzlich eingetretenen Rückverhältnis zwischen der stark ausgeweiteten Leistungsfähigkeit der technischen Anlagen auf der einen und dem Rückgang des Stromabfahes auf der anderen Seite. Da größere technische Anlagen, wie Kraftwerke, Hochspannungsübertragungsanlagen usw. eine Bauzeit erfordern, die gewöhnlich nicht unter zwei Jahren liegt, so mußten die notwendigen Erweiterungen mindestens für eine solche Zeit im voraus begonnen werden. Zwei zukünftige Jahre bedeuteten nach der üblichen Anschauung ein Mehr von rund 30 Proz. In den meisten Fällen der Praxis wurde der Erweiterungskoeffizient der technischen Einrichtungen viel größer als 30 Prozent gewählt. Denn es war natürlich unzumutbar, eine Anlage nur gerade um soviel auszubauen, daß sie bei ihrer Inbetriebnahme gleich wieder voll belastet war. So erklärt es sich, daß Ende 1930 in Kraftwerken wie Leitungsanlagen große Leistungen erstellt worden waren, die man zwei Jahre und früher in Angriff genommen hatte. Die Erwartung einer zukünftigen Vergrößerung des Stromabfahes ist getäuscht worden. Statt einer Zunahme hat das Jahr 1930 eine Verminderung gebracht.

Es ist schwer, die Sachlage, wie sie gegenwärtig vorhanden ist, in Zahlen zu fassen. Die öffentlichen Elektrizitätswirtschaftsunternehmungen in Deutschland — die sogenannten Eigenanlagen für Fabriken, Hotels, Warenhäuser usw. sollen hier nicht eingerechnet werden — benötigten Ende 1930 eine Maschinenleistung einschließlich Reserven von schätzungsweise rund 6 Millionen Kilowatt. Man kann annehmen, daß darüber hinaus noch weitere 2 Millionen Kilowatt vorhanden waren, für die zunächst eine Beschäftigung in absehbarer Zukunft nicht in Aussicht steht, solange die Wirtschaftskrise nicht behoben ist. Eine Maschinenleistung von 2 Millionen Kilowatt einschließlich Übertragungsanlagen bedeuten ein Anlagekapital von etwa 1,5 bis 2 Milliarden Mark. Für diese riesigen Summen sind augenblicklich neue zusätzliche Einnahmen, aus denen ihre Verzinsung und Tilgung zu decken wären, im allgemeinen nicht vorhanden.

Behebung der Krise durch Abgabe von Haushaltungsstrom.

Es entsteht die Frage, was die Elektrizitätsunternehmungen angesichts dieser Lage tun sollen. In früheren Jahren hätte man sich mit verstärkter Energie auf den Absatz von Industrie-Strom verlegt. Aber bei der schlechten Lage fast aller Industrien liegen in einem solchen Vorgehen nur geringe geschäftliche Aussichten für die Zukunft. Es gibt indessen einen Weg, der besser geeignet erscheint, die Elektrizitätsunternehmungen aus ihrer gegenwärtigen Notlage zu befreien. Ich meine die Abgabe von Haushaltungsstrom.

Darunter wird diejenige elektrische Energie verstanden, die überwiegend zur Wärmeenergie, also zum Kochen, Baden, Heizen, Bügeln und zur Warmwassererzeugung benutzt wird. Der gesamte Stromabfah der öffentlichen Elektrizitätsunternehmungen in Deutschland ist für das Jahr 1930 auf 13 bis 14 Milliarden Kilowattstunden zu veranschlagen. Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß es praktisch möglich erscheint, diesen Stromabfah im Verlaufe weniger Jahre zu verdoppeln, wenn die Elektrizitätswerke sich energisch für die Abgabe von Haushaltungsstrom einsetzen.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind freilich zwei Voraussetzungen zu erfüllen: Es muß ein billiger Haushaltungsstromtarif eingeführt werden, und es müssen die Wärmeapparate, also die elektrischen Herde, Kocher, Warmwasserbehälter usw. zu Preisen verkauft werden, die für die große Masse der Abnehmer erschwinglich sind.

Die Abgabe von Haushaltungsstrom hat in den letzten Monaten große Aufmerksamkeit bei der Elektrizitätsindustrie ge-

funden. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk hat einen Tarif eingeführt, der für Haushaltungen, die vollständig elektrisch eingerichtet sind, bei einem monatlichen Verbrauch (einschließlich Beleuchtung) von mindestens 150 Kilowattstunden einen Preis von 8 bzw. 9 Pfennig je Kilowattstunde vorsieht. Auch die Preußische Elektrizität A.-G. ist im Begriff, in ihrem Bereich einen ähnlichen Tarif einzuführen. Die Stadt Frankfurt a. M. hat in ihrer Siedlung Römerstadt 1220 Wohnungen allein für Elektrizität, ohne Gas, eingerichtet und hat damit gute Resultate erzielt. Auch aus der Schweiz, aus Amerika usw. werden Erfolge des elektrischen Kochens und Heizens berichtet.

Die Anfertigung der elektrischen Wärmeapparate und ihre Aufstellung in den Wohnungen würden der elektrotechnischen Industrie und dem Installationsgewerbe eine große und lohnende Beschäftigung geben. Auch diese Seite der Dinge ist in der gegenwärtigen Zeit der riesigen Arbeitslosigkeit sehr wichtig.

Natürlich wird die Elektrifizierung der Haushaltungen auch auf Schwierigkeiten stoßen. Man denke an die Verarmung weitester Volksteile, an den Kapitalmangel, an den Widerpruch der Gasindustrie und dergleichen. Aber welcher Fortschritt hat nicht gegen Widerstände anzukämpfen gehabt. Für den Arbeiterhaushalt wäre die Einführung des elektrischen Kochens und Heizens neben der elektrischen Beleuchtung jedenfalls eine Erleichterung und Verbesserung des Lebens.

Stromerzeugung im Dezember um 13 Proz. geringer

Trotz des saisonmäßig steigenden Lichtbedarfs hat die arbeitstägliche Stromerzeugung im Dezember 1930 gegenüber November 1930 nicht weiter zugenommen. Die Gesamtenergieerzeugung der 122 Werke belief sich nach „Wirtschaft und Statistik“ mit im ganzen 1423,4 Mill. kWh auf nur 86,72 Proz. der Gesamtenergieerzeugung im Dezember 1929.

Im ganzen Jahre 1930 betrug die Stromerzeugung 16,2 Milliarden kWh, rund 4 Proz. weniger als im Vorjahr.

Frankreichs Wirtschaftskrise.

Der französische Außenhandel ging stark zurück.

Der französische Außenhandel im Jahre 1930 ist für die verminderte Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft charakteristisch.

Die Einfuhr ging dem Wert nach um 5,9 Milliarden Franken, d. h. um fast 1 Milliarde Mark zurück. Sie betrug 22,3 Milliarden Franken 1930 gegenüber 28,2 Milliarden Franken 1929. Den stärksten Rückgang zeigt die Einfuhr industrieller Rohstoffe von 35,1 auf 29,3 Milliarden Franken. Mengemäßig ist jedoch die Rohstoffeinfuhr um etwa 3 Proz. gestiegen, die Senkung des Einfuhrwertes ist also lediglich eine Folge des internationalen Preissturzes. Zurückgegangen, sowohl der Menge wie dem Werte nach, ist auch die Einfuhr von Nahrungsmitteln. Von besonderem Interesse ist jedoch die erhebliche Zunahme der Einfuhr industrieller Fertigerzeugnisse von 9,9 auf 11,2 Milliarden Franken.

Die Ausfuhr ging stärker zurück als die Einfuhr. Sowohl Nahrungsmittel wie industrielle Rohstoffe wurden in geringerem Umfang ausgeführt, doch verzeichnen den stärksten Rückgang die industriellen Fertigwaren, deren Ausfuhrwert von 31,5 auf knapp 27 Milliarden Franken zusammenschrankte. Die Gesamtanfuhr verminderte sich von 50,1 auf 42,8 Milliarden Franken. Der Einfuhrüberschuß hat sich von 8 Milliarden Franken 1929 auf über 9½ Milliarden Franken 1930 (über 1½ Milliarden Mark) vergrößert.

Tragen schon diese Zahlen deutlich das Zeichen eines zunehmenden Nachlassens der französischen Wettbewerbsfähigkeit, so scheint sich das Bild doch noch weiter verschlechtern zu wollen. Die ununterbrochene Steigerung der Kleinhandelspreise bis in die letzte Zeit — trotz der gleichzeitigen Senkung der Großhandelspreise —, die hierdurch veranlaßte Anpassung des Lohnniveaus, die jetzt beabsichtigte Erhöhung der französischen Eisenbahntarife und insbesondere die infolge des internationalen Preisrückganges verminderte Kaufkraft der französischen Landwirtschaft werden wahrscheinlich die Produktions- und Absatzkurve noch weiter schnell abfallen lassen.

30 Proz. Beschäftigungsgrad!

Die Arbeitsnöte im Landmaschinenbau.

In der deutschen Landmaschinenindustrie hat im letzten Jahre der Beschäftigungsgrad infolge der Kaufkraftschwäche in der Landwirtschaft rapide abgenommen. Wie auf der Jahrestagung dieser Industrie mitgeteilt wurde, stellte sich der Beschäftigungsgrad bereits Anfang vorigen Jahres, als er im allgemeinen Maschinenbau noch weit über 60 Proz. lag, auf nur 48 Proz. der Leistungsfähigkeit. Bis zum Jahresende 1930 ist der Beschäftigungsgrad ständig weiter gesunken und erreichte im Dezember den Tiefstand von 30 Proz. Der Auftragsbestand, der in den Saisonjahren 1927 und 1928 rund 175 bis 180 Proz. (1925/26 = 100) erreicht hatte, sank bis auf 38 Proz. Ende vorigen Jahres.

Der Gesamtumsatz an Landmaschinen, der im Erntejahr 1927/28 einen Stand von annähernd 400 Millionen Mark erreicht hatte, sank im Erntejahr 1929/30 auf 320 Millionen Mark. Im Kalenderjahr 1930 wird der Umsatz auf 260 000 Tonnen im Werte von 286 Millionen Mark geschätzt. Dieser Umsatz verteilt sich auf 350 Fabriken mit rund 35 000 Beschäftigten. Es entfallen also im Durchschnitt auf jede Fabrik nur 80 000 Mark Jahresumsatz. Daß die Lage der Fabriken bei diesen Verhältnissen als ruhmlos bezeichnet wird, ist sicher zurecht, doch ist an diesem unerschütterlichen Zustand die Absatzkrise nur zum Teil schuld und im wesentlichen dürfte hierfür die starke Überbelegung und die unterlassene Anpassung an die Absatzmöglichkeiten verantwortlich sein. Auch bei einer kräftigen Belebung der Absatzmärkte für Landmaschinen ist keine Aussicht vorhanden eine derart hohe Zahl von Fabriken so ausreichend mit Aufträgen zu versehen, daß an eine Wiedererlangung der Rentabilität zu denken wäre.

Grubenilliquenz in Frankreich. Sämtliche Gruben der Gesellschaft von Vivion und der Gesellschaft von Durges werden wegen Abschlagmangels stillgelegt werden. Mehrere Gruben der Gesellschaft von Vers und von Carolin werden ebenfalls ihren Betrieb einstellen. — Wir melden kürzlich, daß in sämtlichen Kohlenbezirken Frankreichs Ende 1930 bereits 140 000 Arbeitslose waren.

Das deutsch-polnische Roggengeschäft.

Die Freitagsung des Roggenförderungs-Ausschusses.

Gestern wurde in einem Schreiben des Präsidenten Klepper von der Preußenkasse noch mitgeteilt, daß 1928/29 von dem statisch erfassten Gesamtroggenumlag der Genossenschaften 12 Proz., im Jahre 1929/30 25 Proz. durch die Getreide-Industrie- und Commissions-A.-G. verkauft worden sind. Außerdem sind den genossenschaftlichen Unternehmungen von der GIC beträchtliche Erntefinanzierungskredite gewährt worden. Den landwirtschaftlichen Genossenschaften sind durch die Einkahlung der GIC in die halböffentliche Getreidewirtschaft also große Vorteile entstanden.

Die Diskussion drehte sich vor allem um die zwischen Deutschland und Polen geschlossene Roggenexportvereinbarung. Die Sachverständigen des Handels versuchten darzulegen, daß Deutschland durch dieses Abkommen benachteiligt ist. Von den 509 000 Tonnen, die seit dem Bestehen der deutsch-polnischen Kommission exportiert worden sind, hätte Deutschland nur 56 000 Tonnen ausgeführt.

Genosse Hilferding hielt dem entgegen, daß das Abkommen gerade den Zweck gehabt hat, nicht den deutschen Roggenexport zu fördern, sondern umgekehrt das Dumping, das von Deutschland und Polen in den früheren Jahren auf dem Weltmarkt getrieben worden ist, einzudämmen. Der gleichen Ansicht war der landwirtschaftliche Sachverständige, der ausführt, daß seit dem Frühjahr 1930 keine Einfuhrscheine mehr erteilt werden, so daß der Export des Roggens notwendigerweise bei der enormen Spanne zwischen Inlands- und Auslandspreisen sehr gering sein müsse. Trotzdem hielten die Vertreter des Getreidehandels und die deutschen Abgeordneten an der Ansicht fest, daß durch das Einfuhrscheinstem, also durch die Gewährung von Exportprämien, dem deutschen Roggenmarkt mehr geholfen wäre als durch die mit Polen geschlossene Vereinbarung. Der Getreidepreis hätte auch stets unter dem Roggenpreis gelegen, so daß durch den mit Hilfe der Einfuhrscheine erfolgten Austausch zwischen deutschem Roggen und ausländischer Gerste kein volkswirtschaftlicher Verlust entstanden wäre.

Reichskommissar Baade widersprach der Ansicht, daß in der letzten Zeit Roggen immer teurer gewesen sei als Futtergerste. Durch geschickte Ausnutzung der Marktlage ist es zwar der deutsch-polnischen Roggenkommission gelungen, den von ihr exportierten Roggen über dem Getreidepreis abzuverkaufen. Der russische Roggen ist aber billiger gewesen als Futtergerste. Wenn Deutschland die Mengen an deutschem Roggen auf den Weltmarkt geworfen hätte, die erforderlich gewesen wären, um den deutschen Roggenmarkt ernstlich zu entlasten, dann hätte auch der deutsch-polnische Roggen die Getreidepreise unterbrechen müssen. Nur dadurch, daß sehr vorsichtig geringe Mengen Roggen auf dem Weltmarkt verkauft worden sind und ein Erfolg für die Ausfuhr durch die Colinklerung gesunden ist, wäre es gelungen, den Roggenpreis auf der letzten Höhe zu halten. Eine Möglichkeit, bei der geringen Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes den gesamten deutschen Roggenüberschuß zu exportieren, hat im letzten Erntejahr nicht bestanden.

Bevor der Ausschluß sich auf Donnerstag vertogte, wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen, um sich über einen Arbeitsplan schlüssig zu werden. Dies wird auch höchste Zeit, denn bei den bisherigen Erörterungen sind die eigentlichen Fragen der Roggenförderung noch kaum angerührt worden.

Pleite bringt neue Pleiten.

Magdeburger Baubank über Emil Heinicke gescheitert.

Die Pleitepleite an der Gedächtniskirche, der Gourmentia-Zusammenbruch, hat dem bekannten Berliner Bauunternehmer Emil Heinicke den Kopf gekostet. Jetzt hat der Konkurs der Emil Heinicke A.-G. eine neue Großpleite in der Provinz nach sich gezogen.

So mußte die Magdeburger Bau- und Credit-A.-G. ihre Zahlungen einstellen, nachdem Verhandlungen über einen langfristigen Bankkredit gescheitert waren. Außer den Verlusten bei der Emil Heinicke A.-G. hat aber die Magdeburger Baubank, die trotz der schlechten Baukonjunktur eine sehr großzügige Ausdehnungspolitik trieb, starke Verluste im Provinzialgeschäft erlitten. In den Jahren 1928 und 1929 — der Abschluß für 1930 liegt noch nicht vor — zahlte das Unternehmen Dividenden in Höhe von 15 Proz. Die Frage liegt nahe, ob sich das Unternehmen nicht damals bereits sowohl mit der hohen Dividende, wie auch in seiner geschäftlichen Tätigkeit überhaupt übernommen hat.

Walter Dehmel: Der Nächste bitte!

Die Vorstadtstraße steht im winterlichen Abenddämmern noch grauer und trostloser aus als sonst. Schmutziger nasser Schnee packt unter den Füßen der Passanten, auf dem Fahrdamm stehen große Schmelzpfützen, die, von den Führwerken breitgefahren, immer wieder zusammenlaufen. Die hohen Häuser, vierstöckig und mit bräunlichen Stuckfassaden, stehen zu beiden Seiten der Straße. Später wie altersschwache Bediente in löcheriger Wollweide und glogten mit dunklen Fensteröffnungen gelangweilt auf das Pflaster herab, auf dem sich Menschen und Fahrzeuge mühsam durch den Dreck vorwärts kämpfen.

Willi Brehmer fröstelt, tänzelnd sucht er beim Gehen dem ärgsten Matsch auszuweichen. Der Schmerz in der Brust macht sich stärker bemerkbar; längere Zeit nicht sonderlich beachtet, meldet er sich jetzt immer häufiger und heftiger und beunruhigt Willi immer mehr. Er ist auf dem Wege zum Arzt. Seine Gedanken kreisen immer wieder um die Frage: „Was wird, wenn du krank wirst?“ — Er weiß doch, es hängt jetzt alles davon ab, daß man an seinem Plage im Betrieb bleibt. — Hunderttausende stehen draußen und warten auf einen freierwerbenden Platz. Und wer erst einmal draußen ist, der kommt nicht mehr so leicht hinein, das steht fest. Nein, nur nicht krank werden!

Beim Kassenarzt ist bereits das Wartezimmer gestopft voll. „Donnerwetter, da wird man ja wieder warten müssen!“ denkt Willi, indem er sich einen freien Stuhl sucht, auf den er sich, von den anderen neugierig begafft, versetzen läßt. Unauffällig mustert er nach und nach nun keinerlei die Wartenden und das Zimmer.

Diese Kassenarzt-Wartezimmer sind sich doch immer gleich, einige billige Drucks an den Wänden, ein paar kleine Tische, recht viele Stühle, ein paar Kleiderhaken mit dem obligaten Schild: „Für abhandengekommene Garderobe leiste ich keinen Ersatz!“. — Eine Wasserfälsche mit einigen Gläsern, ein Stapel von zerlesenen Zeitschriften und Bildermappen und über allem ein undefinierbarer eigenartiger Geruch, eine Mischung von Angstschweiß, Medikamenten und verbrauchter Luft.

Und immer die gleichen arbeitslosen Gestalten auf den Stühlen rings umher, —

von Arbeit, Sorge und Gicht frumungezogene alte Frauen, die mit zäher Beharrlichkeit und unermüdlich ausdauernd die Geschäfte ihres Lebens, von offenen Füßen, Krampfadern, Magenverstimmungen, Nervenbeschwerden und zufälligen Ehe- und Familienschmerzen erzählen, —

blasse junge Mädchen, die nerods in bebilderten Zeitschriften blättern und mondäne Schnäpfe empfinden, —

alte Arbeiter, die ergeben ihre verarbeiteten Hände mit den umgepflegten schwarzen Fingernägeln breit über die Knie legen und nach kurzer Zeit müde einnicken, —

junge Burschen in zu kurz gewordenen Anzügen, die begierig die ausliegenden Wipplätter von vorn bis hinten durchschießen, — es ist immer dasselbe.

In großen Zwischenräumen — den Wartenden jedesmal eine Emigkeit — erscheint in der geöffneten Tür der Arzt in weißem Kittel und sagt mit einformiger Stimme: „Der Nächste bitte!“ Willi kennt das alles schon zu genau, als daß es ihm noch irgend etwas Neues sagen könnte. Stumpf vor sich hin höfend, erwartet er, daß die Reihe auch an ihn kommt.

Endlich ist es soweit. Linkisch folgt er dem Arzt in das Sprechzimmer, in dem die vielen blanken Geräte so bedrohlich funkeln. Der Arzt ist noch jung, kühle graue Augen verbergen sich hinter Brillengläser. Während er den Krankenschwern in Empfang nimmt, den Namen des Patienten in die Liste einträgt, stellt er kurze knappe Fragen. Seine Mienen sind fischig, seine Worte bestimmt; für Weisheitsfragen ist hier nicht Ort und Zeit. „Hm, ein inter-

essanter Fall!“ denkt er, als er Willis entblößten Oberkörper näher untersucht. Er horcht und klopft, fragt, klopft, läßt Armbewegungen ausführen, prüft Atmung und Brustumfang und läßt sich kurz die Art der Schmerzen beschreiben. Sich die Hände wachsend, sagt er: „Es ist gut, Sie können sich anzusehen!“ und sitzt schon wieder schreibend vor dem Schreibtisch.

„Ja, lieber Freund“, wendet er sich zu Willi herum, „Sie brauchen Schonung, unbedingte Ruhe, besondere Diät, viel gute Butter, gut gelüftetes Schlafzimmer und nochmals Schonung!“ Er ist ganz Arzt, während er das sagt, er sieht die Sache nur medizinisch an: hier auf der einen Seite der von Krankheit befallene geschwächte Organismus, auf der anderen seine Kenntnis von stärkenden und heilenden Faktoren; so, nun Rezeptbuch her, Verordnung geschrieben, fertig! Der Nächste bitte! — Alles in Ordnung, gewiß, vom medizinischen Blickfeld des Arztes aus! Aber da bleibt ein Hindernis im Wege, das der Arzt nicht sieht, an das er aber fühlt, — das ist der Mensch, der lebendige Mensch, der hinter dem medizinisch so interessanten Fall steht. Der junge Arbeiter da vor ihm, der erkrankend, mit zuckenden Lippen, mit unbeholfenen Worten, die vom Arzt ausgehört Heilfaktoren, diese mit Worten gegen die Krankheit errichtete Barriere, als nicht vorhanden nachweist, der — mit der Angst vor dem Verlust der Arbeitsstelle in der Stimme — die Familienverhältnisse schildert: — der Vater leit langer Zeit untätig zu Hause, für den rationalisierten Fabrikbetrieb „zu alt“, — die Mutter kränklich, aber ständig auf der Suche Nebenverdienst mit Aufwartestellen und Treppenreinigungen, — drei jüngere Geschwister noch ohne Verdienst, — zwei enge Stuben ohne Bad mit der Aussicht auf einen engen steinernen Hof, — zerfallene Möbel und Mangel an Wäsche, — Schulden beim Krämer und beim Wohlfahrtsamt...

Der Arzt sieht sich hilflos auf ein Gebiet gezerzt, auf dem ihn seine medizinischen Kenntnisse in Stich lassen, wo sie nutzlos sind, wo seine Selbstsicherheit zerplatzt wie eine Seifenblase, die aus dem offenen Fenster einer Studierstube in den rauhen Wind der Wirklichkeit geraten ist, — er fühlt, daß er wahrheitsgetreu sagen müßte: „Ja, dann ist Ihnen nicht zu helfen!“ — Fühlt, daß alles Aufzählen von Heilungsmöglichkeiten hier vergeblich ist, unfruchtbar, eine grausame Pein nur für den Menschen da vor ihm, der sie ja nicht in Anspruch nehmen kann. Der zum Siechtum verurteilt wird trotz aller medizinischer Wissenschaft, weil er ein armer Teufel ist, der mehr Angst vor dem Verlust der Erwerbsmöglichkeit als vor der Krankheit selbst haben muß. Noch einmal versucht es der Arzt mit dem Hinweis auf Krankenkasse, Versicherung, Behandlung in der Charité, die kurze Antwort: „Aber dann verliere ich doch meine Arbeit und zu Hause fehlt der Verdienst!“ entwohnet ihn aufs neue. Er hat nicht den Mut, hier noch weiter einzureden; er weiß ja, der junge Arbeiter da vor ihm denkt nicht an sich, kann nicht nur an sich denken, weil da noch andere Menschen auf den Ertrag seiner Arbeit angewiesen sind.

Der Mann im weißen Kittel ist auf einmal sehr müde. Sein Selbstbewußtsein hat ihn ganz verlassen. Wenn er daran denkt, daß da draußen im Wartezimmer noch mehr Menschen sitzen, die ihm ihre Schmerzen und Wunden vorhalten, ihn um Rat und Hilfe ansehen wollen, dann möchte er am liebsten fliehen und ihnen allen aus dem Wege gehen. Und er muß hierbleiben, muß gegen bessere Einsicht den Patienten da vor ihm ermutigen, ihm wirkungslose Medikamente verschreiben, ihn auf Besserung vertrusten. Er darf sich nichts merken lassen, um jenen nicht zu beunruhigen. Mit Dankworten geht der junge Mensch hinaus, trotz, daß ihm die Arbeitsstelle erhalten bleibt. Als der Arzt die Tür zum Wartezimmer öffnet, ist er wieder der gemessene vertrauensvolle Helfer, nur seine Stimme klingt etwas müde, als er sagt: „Der Nächste bitte!“

ungeheuer, mit den schwarzen Fangarmen — mit den riesigen Saugnapfen am schleimigen Mause — d'zia, Messina Popolare versteht — der da, der Karnevalsponn, der ist die Charybdis romana, der schwarze römische Tintenfisch Musolungo — huho, wie verdröhrt er die Augen. Das Volk berstet vor Lachen — wir haben kapiert. Carnevale — die Gecken sind frei, wir reden durch die Pantomime. Viva Messina!

Der Studentenwagen, auf schwarzer Klippe thront die Stylla, die singende schiffliche Sirene — ma no: no-no-no — Stride her, die Studenten fesseln die Stylla — wir lassen uns die Wissenschaft nicht durch die schiffliche Sirene fesseln. Viva la Scienza libera — hoch die freie Wissenschaft!

Der Wagen der Hafenarbeiter, im Karnevalszug von Messina, Lipari — le Isole, die Gefängnisse der Sozialisten, trohige Gesellen mit Hungerbröten aus Binstein, rote Federn am spitzen Narrenhut, Falschung — der Wagen der Gefängnisse, gezogen von acht schwarz drapierten Eseln, auf jedem Esel ein Totenkopfritter, von der Legion der Kriegshelden.

Der Wagen der Seeleute. Mit Flaggen aus aller Welt — rote Papiergirlanden von Mast zu Mast, ein Wagenschiff mit zwölf Masten — der Wagen und das Schiff der Internationale — rote Girlanden umkränzen die Welt!

Musik, Konfetti, Papierschlängen, Küsse, Wein, Blumen — Sonne und Wind und der Aetna, vorne schmeucht er — der große Bedroher Messinas — aber das Leben verläßt die Gefahr. Carnevale! Der Mensch gilt!

Dr. Willy Blumenthal:

Jugendkunde in der Schulpraxis

Die neuen Erlasse der Schulbehörden, besonders die Abschaffung der Zensuren für Betragen und Unsauberkeit, lassen den erfreulichen Willen erkennen, die unzulänglichen jugendpsychologischen Erkenntnisse der neuen Forschung endlich auch in das Leben der höheren Schulen hineinzutragen, deren Falschschlag bisher nicht im Abgymnasium dieser Zeit schlug. An Stelle der nicht-gegenständlichen Nummerierung der von überaus vielgestaltigen Ausprägungen und Erscheinungsformen jugendlichen Seelenlebens sollen ausführliche Charakteristiken treten auf der Grundlage vertiefter Beobachtungen durch den Lehrer und Erzieher, Schilderung der Eigenart der Jünglinge, die, wenn sie voll Liebe und Verständnis abgefaßt werden, wertvolle Beiträge zur Entdeckung des Heranwachsenden liefern können.

Aber, hier beginnen bereits die Einwände und Befürchtungen. Wird die überwiegende Zahl der Lehrer überhaupt in der Lage sein, bei dieser Aufgabe führend und mit der nötigen Sachkenntnis mitzuwirken? Kann man von meist rein fachwissenschaftlich vorgebildeten Philologen wirklich eine so tiefgehende Hineinwirkung zu psychologischen Beobachtungen am lebenden Objekt — wohl das schwerste und verantwortungsvollste Tun überhaupt — verlangen und erwarten? Wird nicht die wirklich bestehende Überbelastung der Lehrerschaft selbst dem besten Willen, hier Helfer und Führer zu werden, entgegen sein? Jugendpsychologie in der Schulpraxis, ein Ziel aus innigste zu wünschen. Erfolgreich durchzuführen aber nur nach Schaffung der Voraussetzungen: Geeignetes Lehrmaterial (etwa zu erlangen durch Einstellung einer Anzahl rein pädagogisch vorgebildeter „Erzieher“), Verkleinerung der heute meist überfüllten Schulklassen und Ueberweisung der „Schwererziehbaren“ in von besonders tüchtigen Heilpädagoginnen geleitete Sonderklassen, deren Studium herostrogendes Material zur Aufhellung der Rätsel jugendlicher Psychopathologie und oftmals heilungsfördernde darstellte würde. Im heiligen Schulleben wird gerade der wirkliche Erzieher, der Freund und Kamerad der Jugend sein will, zum Märtyrer, da er seine besten Fähigkeiten im Massenunterricht gar nicht entfalten kann. Die Summen, die hier nötig sind, werden sich bald bezahlt machen. Die höhere Schule, längst nicht mehr Ständeschule und nach unserem Willen in naher Zukunft Durckgang und Uebergang für alle begabten Volksgenossen; muß schon jetzt den Boden bereiten helfen für pädagogisches Neuland, das heute noch vielfach uneröffnet und brach liegt.

Max Dortu: Karneval in Messina

22 Jahre nach dem Erdbeben

Februar. Sizilien. Sonne. Karzissen. Tulpen. Rosen. Kimojen. Roter Wein. Braune Mädchen. Und der Wind rührt keinen großen blauweißen Himmelsfächer. Und das Meer schürri und strubelt und wirbelt, das Meer zischt — der Gezeitenstrom durch die Seestraße von Messina.

Messina, die Stadt — grau und weiß. Weiß die Neubauten. Grau die Baradenstadt. Die Hälfte der Menschen von Messina wohnt noch in Holz und Blech — die Armen. Nur die Stadt der Reichen, die Militärstadt und die Geschäftstadt ist aufgebaut — der Arme? Puß, Baraden sind gut genug für ihn. Adagio, adagio — wenn mal Geld da ist, dann bauen wir auch Rosella auf, die Südstadt, das proletarische Messina, die Industriestadt. Geduld — Mussolini schafft es! Dieser große schwarze Zauberer, Gaukler und Reissenzänger — ganz Sizilien lacht, wenn er redet, der Duce, aber glauben tut ihn keiner — nicht in Sizilien. Messina ist noch immer eine halbe Trümmerstadt, 22 Jahre nach dem Erdbeben. Nicht mit Worten aus Rom baut man aus — Wort aus Rom ist so viel wie Wort des Windes: puuh — weg!

Messina. An der Meerenge. Ganz von Gärten und Duft, Orangen, Zitronen, Lorbeer, Feigen, Oliven. Die Berge, die Belorikanti, im Monte Antennomare 1100 Meter hoch — die Berge, fruchtbar bis oben hin: Rebem, Rebem, Rebem, weiße Kapellen und schwarze Zypressen. Fern im Süden steht die 3000-Meter-Pyramide, leicht quackend, fantsigrau: der Koinal! Die große Feuer- und Unglücksquelle, der immer grollende Vulkan. Über Rosen und Tulpen und Hyazinthen blühen, dem grollenden Tode zu Trotz. Februar.

Messina. Halbe Stadt — halbe Kirchen — alles zusammengeflückt und vermörtelt, bereit fürs nächste Erdbeben. Drüben, überm Meer, da liegt der Aspromonte, des grau-grüne Gebirgszug Kalabriens, 2000 Meter hoch. Unterm Aspromonte läuft die Bahn — nach Neapel und Rom und Paris und Berlin. Von Messina aus geht die Fähre nach Villa San Giovanni hinüber — nach Kalabrien: Anschluß ans Bahnnetz Europas.

Messina, es ist alt. Es war alt. Dit zerstört. In Kriegen und Erdbeben und von der Pest. Gründlich zerstört am 28. Dezember 1908 — von 150 000 Einwohnern wurden 85 000 von den stürzenden Häusern erschlagen. Das junge, das neue — das halbzerstörte Messina, das hat aber schon wieder 200 000 Einwohner, mehr als das zerstörte Messina. Die Luft ist blau — die Sonne ist golden — die Vulkane schmauchen — die Blumen duften. Alles gedeiht, auch die Menschen!

Messina. Griechische Siedlung aus dem Jahre 735 vor Christus. Anno 896 zerstört der Karthager die Griechenstadt Messina. Zu drei Jahren ist sie wieder aufgebaut — Mussolini, hörle! das ging schneller! Karthago und Rom — Löwe und Adler führen Krieg, auf Leben und Tod — Anno 241 wird Messina römisch — der römische Adler durchstößt dem karthagischen Löwen das Rückgrat: Sizilien! Im Jahre 827 nach Christus herrscht das Krummschwert in Messina,

die räuberischen Sarazenerhorden. Und ums Jahr 1061 kommen die ebenso räuberischen Langschwemer, aus dem Norden, die wilden rotbärtigen Normannen — die Blutbärter, Barbarosse. Messina ist Sklaverei, sie krümmt sich unterm Eisengriff der fremden Eroberer — aber immer schön und blühend ist die Sirene am vulkanischen Strand, Messina-Messina! 1743: das Pestjahr, die ganze Stadt starb — in 20 Jahren war sie wieder da, die Stadt: die Jugend, woher — wohin? Tod und Geburt: in einem Atemzuge weg und wieder da — die ganze Messinalüste ist Leben, sie atmet unterm Erdbeben — eine Generation wird erdrückt, die nächste Generation wird schon wieder gefügt. Messina hat den Sphingbild. 1783, das große Erdbeben — alles zerstört. 1908 — nochmals das große Erdbeben — wiederum alles zerstört. Aber nach 22 Jahren feiern wir schon wieder Karneval, volkreicher als je: Jung-Messina, 200 000 bergensreiche Menschen. Jamohl, der Messinese ist frei — frei von Todesfurcht und frei von Tyrannensucht. Wer immer den Tod unter den Füßen weiß — der verachtet alle Gefahr und jegliche Drohung, siehe du mit dem Tode in Kameradschaft — und du bist frei! Viva la vita — viva Messina, Carnevale.

Der Hafen. Schon stehen bunte Hotels — die Flaggen Albions und New Yorks, Geld und Goldflaggen — hörst du im Seewind das Janketusch knatieren? Die letzten Seufzer der Landseute Sacco und Banzett. Messina, bunter Hafen. Am Hafen der Dom, Parade- und Municipalplatz — und der große bronzene Brunnen, der Reptunbrunnen, Onkel Reptun figt heute auf dem roten Fah — er jaspit Wein: trinkt — Carnevale! Es lebe der Heutetage, freut auch der Sonne!

Schon formiert sich der Zug: schmetternde Fansaten lassen droben am Himmel die weißen Wölchlein erzittern — Attenzione, Blah da — der Karnevalszug geht in Schwung, mit Tschingdara und Tschangdara — vorneweg die Kinder. Hinkel lachende Kinder — ihr Gesang ist wie Blumenstreuern. Die hohe Sonne blitzt mit den goldenen Augen. Immer rollt auf uns vorbei der Karnevalszug — lache und tanze: Bajazzo! Locke unter Ketten, tanze auf Trümmern — da: einer der Festwagen, da steht ihrs, da hört ihrs — lache, Bajazzo! Spindel, Sprache des Volkes — zu Karneval sind alle Mäuler und alle Gecken frei.

Immer rollen vorüber die Masken — schmetternde neue Musikcorps, Mädchen als Blumen in Blumen — in Blütenpracht, Orangen-duft als Kranz am Haupte, kunstfeidene bunte und billige Kleider, Carnevale: Eintagsprophet! Heute jubeln wir — morgen, vielleicht fröhlich uns das Erdbeben?

Karnevalszug durch die Via Cavour — zurück über den Corso Vittorio — jetzt in die Volkstadt: in die Via Farina, Volksquartier Rosella — nlg wie Baraden. Aber lebensfrohe lachende Menschen. Da, die Wagen — schaut hin, der Karnevalsstich — der riesige schwarze Tintenfisch, die Charybdis — das worterschütternde See-

g. steht: Die indischen Löwen

Wohl für die meisten Menschen ist das Vorkommen des Löwen unentbehrbar mit dem Erdteil Afrika verbunden; alle jene in den Reisebeschreibungen älterer und neuerer Zeiten immer wiederkehrenden Berichte von Löwenjagden spielen auf afrikanischem Boden. Democh wäre es falsch, zu glauben, der Löwe sei von jeher auf den Erdteil Afrika beschränkt gewesen; vielmehr ist sein Verbreitungsgebiet ohne Zweifel erst durch den Menschen immer stärker eingezogen worden. Noch in geschichtlicher Zeit kam der asiatische Löwe in Palästina, Mesopotamien und Persien vor; ja sogar in Indien wurde er noch zu Beginn des vorigen Jahrhunderts vielfach angetroffen. Heute allerdings ist der Löwe aus den asiatischen Gebieten nahezu verschwunden; in Indien ist er ausschließlich auf die Halbinsel Kothiharwar, nördlich von Bombay, beschränkt, wo von dem eingeborenen Fürst, Sir Rahabat Khan Rawab, noch etwa 200 Stück in einem waldigen Berggebiet von etwa 1000 Quadratkilometern Ausdehnung, dem Ginar-Wald bei der Hauptstadt Junagarh, geschützt und gehegt werden. Aber auch da ist es nur eine Frage der Zeit, daß dieses Tier wegen der allmählichen Einschränkung seines Wohngebietes infolge Abholzung, sowie infolge der durch die enge Abgrenzung bedingten Inzucht verschwinden wird.

Große Schwierigkeiten waren daher zu überwinden, bis es nach dreijährigen Bemühen Arthur E. Bernay und Colonel Faunthorpe endlich gelang, von dem Rawab die Erlaubnis zum Abschub eines männlichen und eines weiblichen Löwen für das Amerikanische Naturhistorische Museum in New York zu erhalten. Im Dezember 1928 konnte diese lange geplante Jagdexpedition ausgeführt werden, und es war Ende Februar des folgenden Jahres, als es den beiden Jägern als Gästen des Rawab gelang, einen starken, alten Löwen zur Strecke zu bringen. Es war ein ausgewachsenes, statisches Tier von 2,77 Meter Länge mit einer prachtvoll ausgebildeten hülforsigen Mähne. Einige Tage später konnten sie dann auch noch eine ausgewachsene Löwin erlegen, bei welcher Gelegenheit Bernay in einer Entfernung von nur 20 Metern nicht weniger als 9 Löwen beikommen sah.

Die erlegten Löwen unterscheiden sich fast gar nicht von den afrikanischen Löwen. Die alte Auffassung von dem mähnenlosen indischen Löwen ist daher unhaltbar. Gewiß haben Weibchen und junge Löwen keine Mähne, aber der alte, erlegte Löwe gleicht dem afrikanischen so sehr, daß ihn, wie Bernay in „Natural History“ bemerkt, „niemand als eingeborenes, afrikanisches Tier angezweifelt hätte, wäre er etwa im Tanganyika-Gebiet (dem ehemaligen Deutsch-Ostafrika) erlegt worden“.

Die Technik der Luftphotographie ist so weit vorgeschritten, daß man vom Flugzeug aus ohne weiteres fertige Landkarten von aus-gesetzelter Schärfe aufnehmen kann. Eine Aufnahme mit einem Apparat von 0,50 Meter Brennweite in 3000 Meter Höhe ergibt z. B. eine Karte im Maßstab 1:10 000, die ein Gelände von 500 Hektar, also mehr als das Dreifache des Fürstentums Monaco, umfaßt.